



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

CHEMIE Pensionsfonds AG

Geschäftsbericht

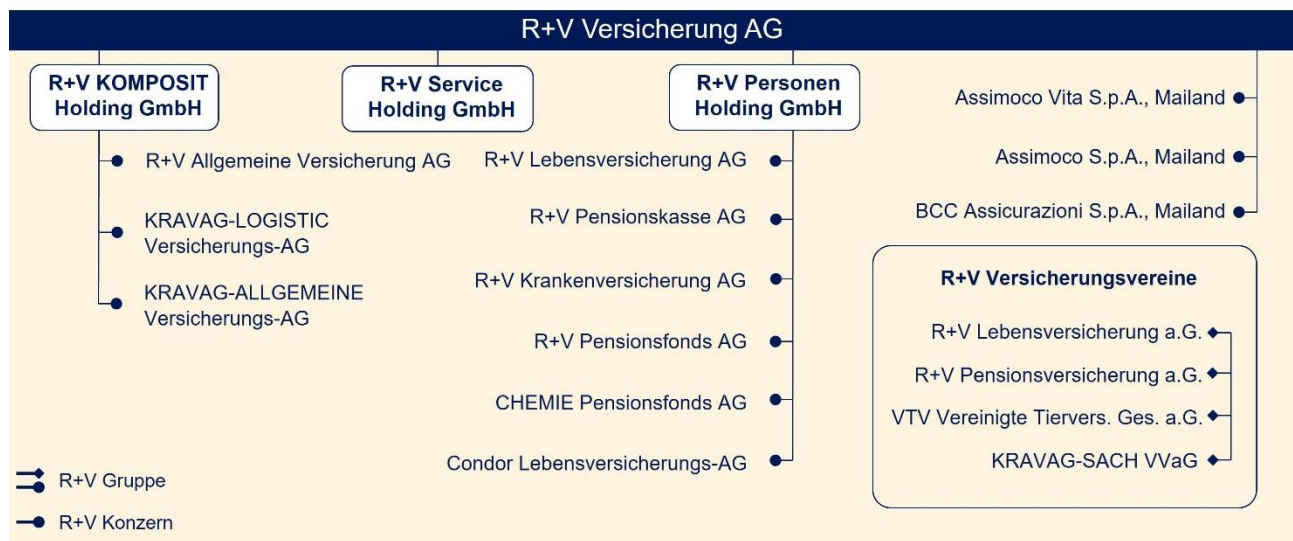
2025

CHEMIE Pensionsfonds AG

Geschäftsbericht 2025

Vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 28. April 2026

R+V Gruppe – Vereinfachte Darstellung



Zahlen zum Geschäftsjahr

in Mio. Euro	CHEMIE Pensionsfonds AG		
	2025	2024	Veränderung (abs.)
Gebuchte Bruttobeiträge	86	79	7
Brutto-Aufwendungen für Versorgungsfälle	40	37	3
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	33	32	1
Kapitalanlagen	1.468	1.375	93
Anzahl der Versicherungsverträge (in Tsd.)	128	126	1

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht5

Geschäft und Rahmenbedingungen.....	5
Geschäftsverlauf der CHEMIE Pensionsfonds AG.....	7
Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.....	8
Chancen- und Risikobericht.....	9
Prognosebericht.....	22

Jahresabschluss 202527

Bilanz.....	28
Gewinn- und Verlustrechnung.....	32
Anhang.....	35
Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva.....	38
Erläuterungen zur Bilanz – Passiva.....	44
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	46
Sonstige Anhangangaben.....	48

Weitere Informationen55

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.....	55
Bericht des Aufsichtsrats.....	58
Sonstige Offenlegungen.....	62

Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten.

Grundsätzlich wird im Geschäftsbericht die weibliche und männliche Form verwendet. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird an einigen Stellen des Textes die männliche Form gewählt. Die Angaben beziehen sich jedoch immer auf Angehörige aller Geschlechter.

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Die CHEMIE Pensionsfonds AG wurde 2002 gegründet. Sie erhielt als erstes Unternehmen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Erlaubnis, das Pensionsfondsgeschäft zu betreiben. Seit 2007 ist die CHEMIE Pensionsfonds AG ein Unternehmen der R+V und gehört der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an.

Sie repräsentiert als Pensionsfonds einen der fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung. Die CHEMIE Pensionsfonds AG bietet zum einen beitragsbezogene Pensionspläne für arbeitgeberfinanzierte Beiträge und Entgeltumwandlungen an und unterstützt die Unternehmen zum anderen mit spezifischen Pensionsplänen zur Auslagerung von Pensionsverpflichtungen. Seit 2022 bietet die CHEMIE Pensionsfonds AG auch die Durchführung des Sozialpartnermodells an.

Folgende Unternehmen sind berechtigt, Verträge bei der CHEMIE Pensionsfonds AG abzuschließen:

- › Unternehmen, für die der Tarifvertrag der chemischen Industrie gilt,
- › Töchter der oben genannten Unternehmen, auch wenn sie nicht zur chemischen Industrie gehören oder wenn für sie aus anderen Gründen der Tarifvertrag der chemischen Industrie nicht gilt,
- › Unternehmen, mit denen die IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie einen Haustarifvertrag abgeschlossen hat,
- › Unternehmen, die Mitglied in einem Verband sind, mit dem eine Öffnungserklärung vereinbart worden ist.

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Anteile der CHEMIE Pensionsfonds AG werden von der R+V Personen Holding GmbH gehalten. Die R+V Personen Holding GmbH wiederum ist eine hundertprozentige Tochter der R+V Versicherung AG.

Die R+V Versicherung AG fungiert als Obergesellschaft des R+V Konzerns. Sie erstellt einen Konzernabschluss nach den internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS), in den die CHEMIE Pensionsfonds AG einbezogen wird.

Die R+V Versicherung AG befindet sich über direkt und indirekt gehaltene Anteile mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank. Weitere Anteile werden von anderen genossenschaftlichen Verbänden und Instituten gehalten. Der Vorstand der R+V Versicherung AG trägt die Verantwortung für das gesamte Versicherungsgeschäft innerhalb der DZ BANK Gruppe.

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen.

Zwischen den Gesellschaften der R+V wurden umfangreiche interne Ausgliederungsvereinbarungen abgeschlossen.

Die pensionsfondstechnische Verwaltung für die CHEMIE Pensionsfonds AG erfolgt durch die R+V Lebensversicherung AG.

Der Vertrieb der Pensionspläne erfolgt primär über die Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge mbH. Zusammen mit den Spezialisten werden die Unternehmen vom ersten Gespräch an über die Ausarbeitung des unternehmensindividuellen Konzepts bis hin zur dauerhaften Etablierung des neuen Systems unterstützt.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

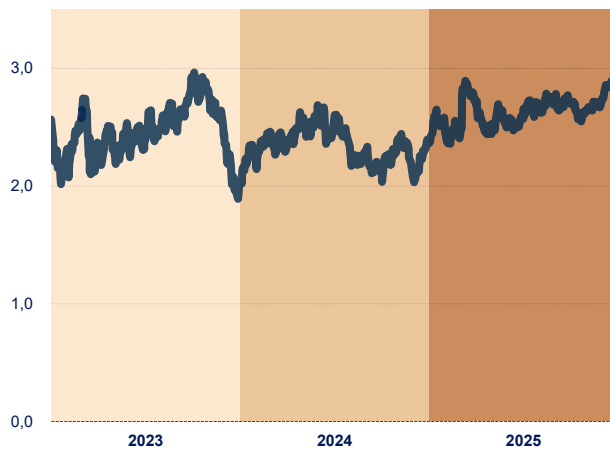
In dem nach § 312 Aktiengesetz (AktG) erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass andere berichtspflichtige Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2025 wurde von einer schwachen Konjunktur und sich stabilisierenden Inflationsraten im Euroraum geprägt. Die Implementierung neuer US-Handelszölle gegenüber der Europäischen Union (EU) veränderte die Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft. Der Krieg in der Ukraine setzte sich fort und beeinflusste die politischen Entscheidungen in der EU. Viele Sektoren der Wirtschaft befinden sich aufgrund

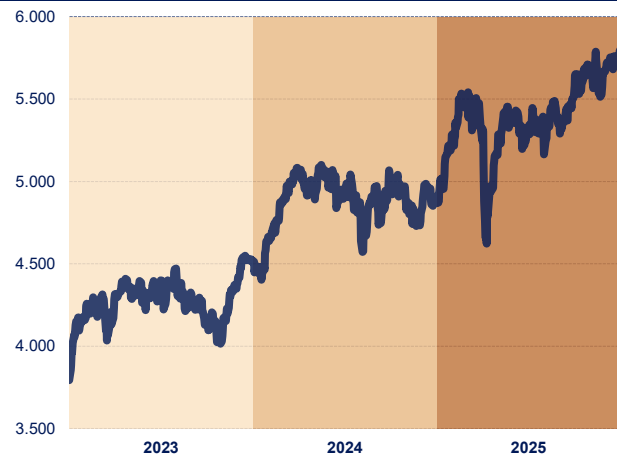
Rendite Bundesanleihen - 10 Jahre Restlaufzeit

in %



Entwicklung Aktienindex Euro Stoxx 50

Index



der Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz in einem Strukturwandel. In diesem herausfordernden Umfeld bewegte sich die Inflation im Euroraum in der Nähe des Zielwerts von zwei Prozent, während sie in den USA leicht darüber lag. Infolgedessen senkte die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen im ersten Halbjahr weiter ab und hielt diese bis zum Jahresende bei 2,15 %. Die US-amerikanische Notenbank (Fed) hingegen beließ die Leitzinsen im ersten Halbjahr unverändert und setzte ihre Zinssenkungen erst im zweiten Halbjahr fort.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland lag im Jahr 2025 trotz fiskalischer Stützung mit 0,4 % auf einem geringen Niveau. Insbesondere das verarbeitende Gewerbe wurde weiterhin durch neue US-Zölle, eine schwache ausländische Nachfrage und hohe Kosten belastet. Hinzu kamen strukturelle Herausforderungen in wichtigen Sektoren der deutschen Wirtschaft. Eine Abkühlung des Arbeitsmarkts wurde beobachtet, da viele Unternehmen aufgrund der ungewissen Lage bei Neueinstellungen zurückhaltender agierten. Die Inflation lag, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex, im Jahresdurchschnitt bei 2,2 %.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten wurde im Jahr 2025 von der Geldpolitik und wirtschaftspolitischen Richtungsweisungen geprägt. Die im Vorjahr induzierte Zinssenkung wurde von den großen Notenbanken fortgeführt.

Die EZB senkte den Leitzins in vier Schritten von 3,15 % auf 2,15 %, die Fed von 4,50 % auf 3,75 %. Die Unsicherheit aufgrund der neuen US-Handelspolitik und anhaltender geopolitischer Konflikte war hoch, was sich an den betroffenen Kapitalmärkten widerspiegelte. In den USA und Europa wirkten fiskalische Impulse dem entgegen. Die Frage der zukünftigen Tragfähigkeit von Staatsschulden wichtiger Industrienationen wurde zunehmend thematisiert.

An den europäischen Anleihemärkten stieg das Zinsniveau für Wertpapiere mit längeren Laufzeiten auf Jahresfrist trotz stabiler Inflationsraten und rückläufiger Leitzinsen an. Die Verzinsung zehnjähriger Bundesanleihen erhöhte sich von 2,4 % auf 2,9 %. Die Risikoaufschläge (Spreads) von Pfandbriefen, Unternehmensanleihen und Banken notierten zum Jahresende niedriger.

An den weltweiten Aktienmärkten setzte sich eine positive Entwicklung fort. Insbesondere deutsche und europäische Aktien erfuhr im Jahr 2025 hohe Wertsteigerungen. Der deutsche Aktienindex DAX, der neben der Marktentwicklung auch die Dividendenzahlungen berücksichtigt (Performanceindex), stieg bis zum Jahresende um 23,0 % gegenüber dem Vorjahr. Der für den Euroraum maßgebliche Aktienindex Euro Stoxx 50 (Preisindex) stieg um 18,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Lage der Versicherungswirtschaft

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich im Jahr 2025 trotz eines insgesamt schwachen wirtschaftlichen Umfelds stabil gezeigt und verzeichnete ein deutliches Beitragswachstum. Wie der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) in seiner Jahresmedienkonferenz am 4. Februar 2026 bekannt gab, stiegen die Beitragseinnahmen über alle Sparten hinweg um 6,6 % auf 253,6 Mrd. Euro.

Nach dem Rückgang der gebuchten Beiträge im Vorjahr stiegen die Beitragseinnahmen der Pensionsfonds um 5,1 %. Der vorläufige Branchenwert liegt bei einem Volumen von 1,0 Mrd. Euro. Die laufenden Neubeiträge für ein Jahr verringerten sich um 21,5 %. Das Einmalbeitragsgeschäft verzeichnete ein vorläufiges Plus von 5,3 %.

Die gesetzliche Rente allein reicht nicht aus

Dem aktuellen Rentenversicherungsbericht 2025 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist zu entnehmen, dass die Relation von Renten zu Löhnen, das sogenannte Sicherungsniveau, vor Steuern von derzeit 48,0 % bis zum Jahr 2031 konstant bleiben wird. Danach sinkt das Rentenniveau bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraums 2039 voraussichtlich auf 46,3 Prozent. Das bedeutet, dass die alleinige Versorgung aus der gesetzlichen Rente trotz steigender Renten auf einem geringen Niveau verbleibt.

Positionierung der CHEMIE Pensionsfonds AG im Wettbewerb

Die CHEMIE Pensionsfonds AG erfüllt die Funktion einer Branchenlösung für die tarifliche betriebliche Altersversorgung in der chemischen Industrie. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der chemischen Industrie partizipieren an branchenabgestimmten Produkten, der Marktcompetenz der CHEMIE Pensionsfonds AG und einer engen Zusammenarbeit mit dem BAVC Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. und der IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Das eigens dafür gegründete ChemieVersorgungswerk mit seinem Hauptbestandteil der CHEMIE Pensionsfonds AG bietet Vorsorgelösungen und deckt durch seinen modularen Aufbau die Bedarfssituation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab. Mit dem Chemie-Versorgungswerk ist R+V weiterhin Marktführer in der chemischen Industrie.

Geschäftsverlauf der CHEMIE Pensionsfonds AG

Entwicklung des Pensionsfondsgeschäfts

Neuzugang

Im Geschäftsjahr wurden bei der CHEMIE Pensionsfonds AG 4,4 Tsd. neue Verträge mit einem Neubeitrag von insgesamt 7,8 Mio. Euro abgeschlossen.

Der laufende Neubeitrag betrug 4,7 Mio. Euro. Er entfiel wie auch der Einmalbeitrag in Höhe von 3,0 Mio. Euro vollständig auf beitragsbezogene Pensionspläne.

Bestand an Versorgungsverhältnissen

Die CHEMIE Pensionsfonds AG verwaltete zum 31. Dezember 2025 einen weiter gewachsenen Bestand von 127,5 Tsd. Verträgen. Der laufende Beitrag des Bestandes, der sich ausschließlich auf beitragsbezogene Pensionspläne bezieht, stieg um 0,3 % auf 81,8 Mio. Euro.

Eine Übersicht über die Bewegung des Bestandes ist in der Anlage zum Lagebericht dargestellt.

Arten von Pensionsplänen

Die CHEMIE Pensionsfonds AG bietet Pensionspläne auf Basis einer Beitragszusage mit Mindestleistung, Pensionspläne mit einer beitragsorientierten Leistungszusage, Pensionspläne zur Abbildung einer Leistungszusage und Pensionspläne mit einer reinen Beitragszusage an.

Bei den beitragsbezogenen Pensionsplänen mit Mindestleistung hängt die Höhe der künftigen Versorgungsleistungen von der Entwicklung des mit den Beiträgen aufgebauten Versorgungskapitals ab. Bei Beginn der Altersrente steht mindestens die Summe der eingezahlten Beiträge, gekürzt um die Beiträge zur Abdeckung des biometrischen Risikos, zur Verfügung. Das Vermögen zur Bedeckung der Mindestleistung ist sicherheitsorientiert angelegt (Sicherungsvermögen 1). Für das bei Rentenbeginn zusätzlich zur Verfügung stehende Versorgungskapital erfolgt die Anlage nach wachstumsorientierten Kriterien (Sicherungsvermögen 2). Bei der beitragsorientierten Leistungszusage wird ein definierter Beitrag zur Betriebsrente aufgewendet, aus dem sich die Versorgungsleistung zum Rentenbeginn bestimmt.

Die Versorgungsleistungen werden als Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Darüber hinaus ist die Wahl eines Auszahlungsplans oder einer Einmalkapitalzahlung zu Rentenbeginn möglich.

Bei den leistungsbezogenen Pensionsplänen werden unterschiedliche Arten offeriert.

In den leistungsbezogenen versicherungsförmigen Pensionsplänen werden die zugesagten Leistungen garantiert. Die Pensionsfondszusagen werden dabei mit einer kongruenten Rückdeckungsversicherung bei Lebensversicherungsunternehmen unterlegt.

Die leistungsbezogenen liquiditätsschonenden beziehungsweise chancenorientierten Pensionspläne enthalten keine Garantien. Bei ihnen sind die Einlösungsbeträge auf Basis von § 236 Abs. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) mit besten Schätzwerten unter dem Vorbehalt eines Nachschusses kalkuliert, dafür partizipieren die Kunden uneingeschränkt an der Entwicklung des Kapitalanlageportfolios (Sicherungsvermögen 3).

Die Versorgungsleistungen bei leistungsbezogenen chancenorientierten Pensionsplänen können sowohl lebenslange Renten als auch Kapitalzahlungen sein. Optional kann zusätzlich eine Hinterbliebenenabsicherung oder ein Berufsunfähigkeitsschutz mit versicherungsförmig garantierten Leistungen eingeschlossen werden.

Die reine Beitragszusage wurde im Geschäftsjahr 2022 durch das Sozialpartnermodell in der CHEMIE Pensionsfonds AG eingeführt. Die Kunden partizipieren uneingeschränkt an der Entwicklung des Kapitalanlageportfolios (Sicherungsvermögen 4).

Als Versorgungsleistungen sind bei der reinen Beitragszusage lebenslange Renten zulässig. Optional kann eine Alters- und Hinterbliebenenabsicherung abgeschlossen werden.

Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge der CHEMIE Pensionsfonds AG lagen 2025 bei 86,3 Mio. Euro. Sie entfielen mit 83,2 Mio. Euro nahezu vollständig auf laufende Beiträge, die Einmalbeiträge betragen 3,2 Mio. Euro. Die gebuchten

Bruttobeiträge bezogen sich vollständig auf beitragsbezogene Pensionspläne.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Aus ihren Kapitalanlagen und dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erzielte die CHEMIE Pensionsfonds AG laufende Erträge von 32,9 Mio. Euro. Dem standen laufende Aufwendungen von 3,5 Mio. Euro gegenüber. Durch Verkäufe wurden zudem Gewinne in Höhe von 4,6 Mio. Euro beziehungsweise Verluste von 7,2 Mio. Euro realisiert. Der Saldo aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern betrug 15,2 Mio. Euro. Insgesamt ergab sich ein Kapitalanlageergebnis von 42,0 Mio. Euro.

Aufwendungen für Versorgungsfälle

Für Versorgungsfälle wandte die CHEMIE Pensionsfonds AG im Geschäftsjahr brutto einen Betrag von 40,0 Mio. Euro auf (2024: 37,2 Mio. Euro).

Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb liegen mit 2,1 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres.

Gesamtergebnis

Die CHEMIE Pensionsfonds AG erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Rohüberschuss nach Steuern von 10,5 Mio. Euro. Von diesem wurden 7,0 Mio. Euro in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) eingestellt. Der Jahresüberschuss betrug 3,5 Mio. Euro.

Finanzlage

Die CHEMIE Pensionsfonds AG verfügte zum 31. Dezember 2025 über ein Eigenkapital von insgesamt 38,3 Mio. Euro.

Das Eigenkapital setzte sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

Das Eingeforderte Kapital blieb unverändert bei 3,0 Mio. Euro.

Die Kapitalrücklage betrug wie im Vorjahr 10,2 Mio. Euro.

Die Gewinnrücklagen der CHEMIE Pensionsfonds AG wuchsen aufgrund der Einstellungen aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres um 2,0 Mio. Euro auf 21,6 Mio. Euro an.

Der Bilanzgewinn 2025 lag bei 3,5 Mio. Euro.

Die CHEMIE Pensionsfonds AG konnte im Geschäftsjahr jederzeit ihre Auszahlungsverpflichtungen erfüllen. Anhaltspunkte für eine künftige Liquiditätsgefährdung sind nicht erkennbar.

Bestand an Kapitalanlagen, Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Die Kapitalanlagen betragen zum 31. Dezember 2025 insgesamt 1.467,5 Mio. Euro und verzeichneten damit einen Zuwachs um 6,8 %. Sie setzten sich zusammen aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds sowie aus dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds erhöhten sich zum 31. Dezember 2025 um 7,5 % auf 1.036,1 Mio. Euro. Der Kapitalanlagebestand ist sowohl in Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen der R+V als auch in Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Inhaberschuldverschreibungen investiert.

Innerhalb des Vermögens für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden folgende Kapitalanlagen ausgewiesen:

- › Kapitalanlagen des beitragsbezogenen Pensionsplans, die als zusätzliches Versorgungskapital das Vermögen zur Bedeckung der Mindestleistung übersteigen (Sicherungsvermögen 2),
- › Kapitalanlagen des leistungsbezogenen chancenorientierten beziehungsweise liquiditätsschonenden Pensionsplans (Sicherungsvermögen 3),
- › Kapitalanlagen der reinen Beitragszusage Sozialpartnermodell (Sicherungsvermögen 4).

Das Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erreichte zum Ende des Geschäftsjahres einen Stand von 431,4 Mio. Euro.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Ziel des Risikomanagements der CHEMIE Pensionsfonds AG ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Pensionsplänen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender pensionsfondstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Risiken ergeben sich aus nachteiligen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage und bestehen in der Gefahr von zukünftigen Verlusten.

Der Risikomanagementprozess umfasst die Identifikation, Analyse und Bewertung, Steuerung und Überwachung sowie Berichterstattung und Kommunikation der Risiken. Die einmal jährlich stattfindende Risikoinventur hat zum Ziel, die Risiken zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit zu beurteilen. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden im Risikoprofil festgehalten. Die wesentlichen Risiken werden in diesem Chancen- und Risikobericht dargestellt sowie Maßnahmen zu deren Begrenzung erläutert.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit und sämtliche wesentlichen Risiken werden in der vierteljährlich stattfindenden Risikokommission bewertet. Dies umfasst auch die Überprüfung verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte. Bei Überschreitung eines definierten Indexwerts sind Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls einzuleiten. Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien vierteljährlich sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Governance-Struktur

Das Risikomanagement der CHEMIE Pensionsfonds AG ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und der Governance-Struktur. Es stützt sich auf drei miteinander verbundene und in das Kontroll- und Überwachungsumfeld eingebettete sogenannte Verteidigungslinien in

Form der operativen Risikosteuerung, der Risikoüberwachung und der internen Revision.

Unter Risikosteuerung (1. Verteidigungslinie) ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftsbereichen zu verstehen. Die operativen Geschäftsbereiche treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dabei haben sie die vorgegebenen Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen zu beachten.

Aufgaben der Risikoüberwachung (2. Verteidigungslinie) werden bei der R+V durch die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Organisation und die versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen. Im Sinne eines konsistenten Risikomanagementsystems erfolgt ein enger Austausch der genannten Funktionen untereinander.

Die Risikomanagementfunktion der R+V unterstützt den Vorstand bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Im Geschäftsjahr wurde die bisher dezentral organisierte Risikomanagementfunktion im Ressort Finanzen und Risikomanagement der R+V zentralisiert. Das Risikomanagement ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses gemäß ERB (Eigene Risikobeurteilung nach § 234d VAG in Verbindung mit § 237 VAG) verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht das Risikomanagement grundlegende Vorgaben für die anzuwendenden Risikomessmethoden. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die CHEMIE Pensionsfonds AG hat die Risikomanagementfunktion auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert.

Die Aufgabe der Compliance-Organisation liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen. Sie prüft zudem, ob die internen Verfahren geeignet sind, um die Einhaltung der externen Anforderungen sicherzustellen. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Pensionsfondsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Die Compliance-Aufgaben werden wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmens-

übergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz ist das zentrale Koordinations- und Berichtsgremium der Compliance-Organisation. Dort werden die Aktivitäten der zentralen und dezentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen. Die CHEMIE Pensionsfonds AG hat die Compliance-Aufgaben auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Der Compliance-Beauftragte berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der pensionsfondstechnischen Rückstellungen betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der pensionsfondstechnischen Rückstellungen und gewährleistet die Angemessenheit der der Berechnung zugrunde liegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der pensionsfondstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Darüber hinaus gibt der Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab. Die Bewertung der Angemessenheit der pensionsfondstechnischen Rückstellungen und die Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik enthalten auch eine Beurteilung im Hinblick auf Nachhaltigkeitsrisiken. Die CHEMIE Pensionsfonds AG hat die versicherungsmathematische Schlüsselfunktion im Geschäftsjahr auf die R+V Lebensversicherung AG ausgegliedert, zum 1. Januar 2026 erfolgte die Ausgliederung auf die R+V Versicherung AG.

Die Konzern-Revision (3. Verteidigungslinie) prüft die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit. Die CHEMIE Pensionsfonds AG hat die Revision auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen unabhängige und organisatorisch selbstständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Risikostrategie

Die Grundsätze des Risikomanagements basieren auf der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der CHEMIE Pensionsfonds AG, die eng mit der Geschäftsstrategie verzahnt ist. Die Risikostrategie wurde vor dem Hintergrund der neuen Strategie „NextLevel“ überprüft. Es ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Risikostrategie. Die risikostrategischen Ziele der CHEMIE Pensionsfonds AG sehen ein bewusstes und kalkuliertes Eingehen von Risiken im Rahmen des definierten Risikoappetits vor, um Ertragschancen nutzen zu können. Alle wesentlichen Risiken der Gesellschaft sind Gegenstand der Risikostrategie.

Die Rechnungsgrundlagen werden so bemessen, dass sie Sicherheitsmargen enthalten und Anpassungen an neueste Erkenntnisse berücksichtigen, um neben der aktuellen Risikosituation auch einer veränderten Risikosituation standzuhalten. Die Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen wird im Rahmen der Produktentwicklung und im Vertragsverlauf durch den Verantwortlichen Aktuar überwacht.

Die Risikostrategie für die Kapitalanlage zielt unter anderem darauf ab, durch Nutzung von Diversifikationseffekten eine hohe Stabilität der bilanziellen Ergebnisbeiträge aus Kapitalanlagen zu gewährleisten. Die Einhaltung der risikopolitischen Ziele wird auch im Rahmen der strategischen Asset Allokation berücksichtigt.

Chancenmanagement

Die Vision „Wir sind Partner und Heimat für unsere Kunden. Wir treiben eine neue Ära der Sicherheit, Gesundheit und Vorsorge voran – einfach, persönlich, begeisternd. In dynamischen Zeiten macht unser genossenschaftlicher Verbund den Unterschied.“ setzt den Rahmen für die neue interne Strategie der R+V. Drei strategische Schwerpunkte bilden den inhaltlichen Kern der Strategie „NextLevel“. Mit dem Fokus auf genossenschaftliche Kunden sollen das große Potenzial im Verbund besser ausgeschöpft und Marktanteile gewonnen werden. Dabei wird die Kundenzentrierung ins Zentrum des Handelns gestellt. Mit einer Kombination von Maßnahmen zur Steigerung der operativen, technologischen und versicherungstechnischen Exzellenz will die R+V effizienter und profitabler werden und somit die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit ausbauen. Darüber hinaus hat sich die R+V zum Ziel gesetzt, dass Mitarbeitende zu hoher dezentraler Eigenverantwortung befähigt und motiviert werden sollen. Eine zentrale

und stringente ressortübergreifende Steuerung sorgt dafür, dass Kapital und Ressourcen effizient im gesamten Unternehmen eingesetzt werden.

Die CHEMIE Pensionsfonds AG stellt als Spezialinstitut einen der fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung dar und bietet beitragsbezogene Pensionspläne für arbeitgeberfinanzierte Beiträge und Entgeltumwandlungen sowie Pensionspläne zur Auslagerung von Pensionsverpflichtungen für Unternehmen.

Die Einbindung der CHEMIE Pensionsfonds AG im Chemie Versorgungswerk und die Zusammenarbeit mit den Spezialisten der Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge mbH sowie der compertis Beratungsgesellschaft für betriebliches Vorsorgemanagement mbH stellen die Basis für eine individuelle, bedarfsgerechte Beratung dar.

Aufgrund der Zunahme von tarifvertraglichen Lösungen zur betrieblichen Altersversorgung verfügen Branchenversorgungswerke über zukünftiges Wachstumspotenzial. Als wesentlicher Anbieter auf diesem speziellen Markt verfügt die R+V über entsprechende Expertinnen und Experten und ausgewiesenes Know-how.

Durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz wurde mit dem Sozialpartnermodell ein zukunftsorientiertes Versorgungsprodukt der betrieblichen Altersversorgung eingeführt.

Die CHEMIE Pensionsfonds AG ist Partner der deutschen Chemieindustrie bei der bundesweit ersten Einführung eines Sozialpartnermodells für Betriebsrenten der Beschäftigten in der Chemiebranche. Möglich gemacht hat diesen Meilenstein in der betrieblichen Altersversorgung (bAV) eine Tarifvereinbarung zwischen den Sozialpartnern IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie und dem BAVC Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V.

Das Unternehmensleitbild der R+V stellt die Kundenorientierung und einen vorbildlichen Service in den Mittelpunkt des Handelns aller Mitarbeitenden. Der Kundenbedarf bildet den Maßstab für die Produktgestaltung und den Vertrieb. Dadurch werden die Kunden in die Lage versetzt, sich bei der Produktwahl für Nachhaltigkeitsaspekte zu entscheiden und damit auch zum nachhaltigen Wachstum der R+V beizutragen.

Aufgrund des Geschäftsmodells und der vorhandenen Risikotragfähigkeit kann die R+V Chancen in der Kapitalan-

lage insbesondere aus Investments mit längerem Zeithorizont und höherem Renditepotenzial weitgehend unabhängig von kurzfristigen Kapitalmarktschwankungen nutzen.

Zusätzlich können für die R+V Chancen durch eine nachhaltige Ausgestaltung ihrer Kapitalanlage entstehen. Nachhaltigkeitschancen im Investmentprozess können sich zum Beispiel durch Investitionen in Transformationsvorreiter im Rahmen der Energiewende ergeben.

Regulatorische und gesamtwirtschaftliche Risikofaktoren

Die CHEMIE Pensionsfonds AG ist möglichen Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Gegenstand der Regulierung können grundsätzlich aufsichtsrechtliche, handelsrechtliche, kapitalmarktrechtliche, aktienrechtliche und steuerrechtliche Normen sein.

Zudem unterliegt die CHEMIE Pensionsfonds AG einer Reihe von gesamtwirtschaftlichen Risikofaktoren, die negative Auswirkungen auf Wachstum und Konjunktur haben können.

Verschärfung geopolitischer Spannungen sowie ökonomische und strategische Fragmentierung

In einigen Regionen der Welt bestehen Konfliktherde, die nicht regional begrenzt sind, sondern auch zu Spannungen zwischen Großmächten führen, wobei negative realwirtschaftliche und finanzielle Effekte für die EU einschließlich Deutschlands nicht auszuschließen sind.

Der Konflikt im Nahen Osten geht in seiner politischen Tragweite deutlich über frühere Auseinandersetzungen in der Region hinaus. Die gemeinsame Militäroperation Israels und der Vereinigten Staaten gegen den Iran sowie die iranischen Reaktionen auf bisher unbeteiligte Nachbarländer könnten die regionale Stabilität erheblich gefährden. Weitere Eskalationen des Konflikts im Nahen Osten könnten zu einer längerfristigen Blockade der Meerenge von Hormus führen, wodurch rund ein Fünftel des weltweiten Öltransports unterbrochen werden würde. Eine solche Blockade und der daraus resultierende anhaltend hohe Ölpreis hätten schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft, da sie das globale Wachstum zusätzlich hemmen könnten. Insbesondere wären größere Lieferengpässe bei Rohöl und Flüssiggas zu erwarten, was einen massiven Anstieg der Weltmarktpreise und einen neuen Inflationsschub auslösen könnte.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine sind weiterhin weltweit spürbar und stellen viele Volkswirtschaften vor Herausforderungen. Während der militärische Konflikt unverändert fortgesetzt wird, laufen internationale diplomatische Bemühungen unter Beteiligung der Vereinigten Staaten mit dem Ziel, den Krieg friedlich zu beenden. Jedoch weisen die Positionen beider Konfliktparteien in wesentlichen Punkten erhebliche Unterschiede auf, sodass ein zeitnahes Ende des Krieges noch nicht absehbar ist. Zudem hat Russland seine hybride Kriegsführung gegen westliche Staaten weiter intensiviert. Dabei handelt es sich um infrastrukturelle Sabotageakte und Desinformationskampagnen sowie um Cyber-Angriffe, die teils prorussischen, staatlich unterstützten Hackergruppen zugeschrieben werden. Insbesondere durch Angriffe auf kritische Infrastrukturen könnte erheblicher wirtschaftlicher Schaden entstehen. Weitere mögliche Folgen des Kriegs in den betroffenen Volkswirtschaften wären Haushaltsbelastungen aufgrund steigender Kosten für Verteidigungsmaßnahmen und wirtschaftliche Einbußen aufgrund erhöhter Unsicherheit bei den Wirtschaftsakteuren.

Im Fokus bleiben weiterhin die Spannungen im Südchinesischen Meer. Da China die Unabhängigkeit Taiwans nicht anerkennt, dürfte dies auch weiterhin zu Unstimmigkeiten zwischen China und den Vereinigten Staaten sowie Japan führen. Die Vereinigten Staaten haben ihre sicherheitspolitischen Zusagen gegenüber Taiwan erneut bekräftigt. Eine Intensivierung der geopolitischen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China birgt das Risiko weitreichender wirtschaftlicher Auswirkungen auf die globalen Handelsbeziehungen und Finanzmärkte.

Die geopolitischen Spannungen beeinflussen auch zunehmend die politische Landschaft innerhalb der EU und führen zu politischen Divergenzen zwischen den EU-Staaten. Dies beeinträchtigt die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU insbesondere gegenüber Russland und den Vereinigten Staaten. Diese politischen Meinungsverschiedenheiten haben auch wirtschaftspolitische Auswirkungen für den Euroraum.

Die weltweiten geopolitischen Spannungen können Beeinträchtigungen des globalen Handels nach sich ziehen. Dabei besteht neben den Auswirkungen von gestörten Lieferketten das Risiko, dass es aufgrund der Ausweitung reziproker Zölle durch die US-Administration zu einer weiteren Eskalation von Handelsfriktionen kommt. Trotz bestehender Handelsabkommen mit beispielsweise der EU und China, sind Zölle weiterhin ein wichtiges Instrument der Handels- und Außenpolitik der US-Administration, das zur Durchsetzung von US-Interessen genutzt wird. Über reine

Handelsfragen hinaus bergen potenzielle US-Interventionen in souveränen Staaten, insbesondere in jenen mit politischer Nähe zu Russland oder China, weiteres Konfliktpotenzial zwischen den Großmächten. Eine Eskalation der Spannungen um strategisch wichtige Gebiete wie Grönland birgt zudem das Risiko, die Stabilität und Handlungsfähigkeit von Bündnissen wie der NATO zu gefährden. Von den geopolitischen Spannungen besonders betroffene Segmente sind beispielsweise Seltene Erden und die Chip-Industrie. Neue Zollbestimmungen könnten negative Auswirkungen auf die globale Konjunktur und insbesondere auf die exportabhängige deutsche Wirtschaft haben.

Die Beeinträchtigungen des globalen Handels könnten bei Unternehmen in Deutschland einerseits zu höheren Importpreisen und einer Knappheit von Vorprodukten führen und andererseits einen Rückgang von Exporten bewirken.

Globale Wirtschaftsabschwächung

Die vergleichsweise hohe Stabilität der US-amerikanischen Wirtschaft geht auf außergewöhnlich umfangreiche staatliche Unterstützungsprogramme und gestiegene Investitionen von Unternehmen, insbesondere in den Sektor für Künstliche Intelligenz zurück. Aktuell beträgt das amerikanische Haushaltsdefizit jährlich 6 bis 8 % des Bruttoinlandsprodukts. Die hohe Verschuldung wird wahrscheinlich weiterhin anhalten, da die gegenwärtige US-Administration weitere Steuerkürzungen anstrebt, die eine noch höhere Verschuldung zur Folge haben könnten. Eine anhaltend hohe Verschuldung der Vereinigten Staaten kann zu einer steigenden Zinslast führen und langfristig das Vertrauen der Märkte beeinträchtigen. Dies könnte zu einem Rückgang der Investitionen, einer reduzierten wirtschaftlichen Aktivität und letztendlich zu einer Rezession in den Vereinigten Staaten führen.

Darüber hinaus ist der Markt für Private Credit, also die Kreditvergabe von Finanzunternehmen außerhalb des Bankensektors, seit der globalen Finanzkrise stark gewachsen. Angesichts der beachtlichen Größe des Marktes, insbesondere in den Vereinigten Staaten, und der inhärenten Intransparenz der Kreditvergabe birgt das Private-Credit-Geschäft Risiken für die Finanzmärkte. Im Falle einer erneuten Finanzkrise in den Vereinigten Staaten könnten diese Risiken eine Kettenreaktion mit gravierenden negativen Auswirkungen auf die US-Wirtschaft auslösen.

Eine schwächere amerikanische Wirtschaft hätte weitreichende Auswirkungen auf die globale Wirtschaft, da die

Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle im Welthandel und als Absatzmarkt für viele Länder spielen. Wenn die amerikanische Nachfrage sinkt und die wirtschaftlichen Unsicherheiten zunehmen, könnten andere Länder ebenfalls von geringeren Exporten und wirtschaftlichen Herausforderungen betroffen sein, was eine globale Rezession zur Folge haben könnte.

Die chinesische Wirtschaft konnte das Jahr 2025 noch mit einem soliden Wachstum abschließen. Während die chinesischen Exporte in die Vereinigten Staaten signifikant durch die neuen Handelshürden reduziert wurden, konnte China seine Ausfuhren in andere Absatzmärkte ausweiten, wodurch das Exportwachstum insgesamt weitgehend stabil blieb. Dem stand eine schwache Binnenwirtschaft gegenüber, in der ein gedämpftes Konsumverhalten zu beobachten war, insbesondere da zahlreiche private Haushalte angesichts des Wertverlusts von Immobilien erhebliche Einbußen bei ihren Ersparnissen zu verzeichnen hatten. Zudem hält die Krise im Immobiliensektor an. Der Rückgang beim Bau hat sich zuletzt verstärkt, und auch die vorübergehende Stabilisierung der Wohnungsnachfrage durch kommunale Kaufprogramme erwies sich als nicht nachhaltig. Die Investitionstätigkeit ist zuletzt deutlich geschrumpft und hat das Wirtschaftswachstum entscheidend gedämpft. Bislang konnte der unverändert starke Außenhandel die prägnante Flaute der Binnennachfrage kompensieren. Wie lange das angesichts der anhaltenden Spannungen im Welthandel noch möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

Eine schwache chinesische Wirtschaft hätte negative Auswirkungen auf die globale Wirtschaft, da China als Produktionsstandort und als Absatzmarkt für viele Länder eine wichtige Rolle im Welthandel spielt. Wenn die chinesische Nachfrage sinkt, könnten andere Länder aufgrund geringerer Exporte vor wirtschaftliche Herausforderungen gestellt werden, was zu einer globalen Rezession führen könnte.

Wirtschaftspolitische Divergenzen im Euro-Raum

Die anhaltenden strukturellen Haushaltsdefizite verschiedener Staaten haben zu hohen Schuldenständen und steigenden Zinslasten geführt. Dies belastet die Haushalte dieser Länder und begrenzt die finanziellen Spielräume für Investitionen und öffentliche Ausgaben.

Nach wie vor bleibt die hohe Staatsverschuldung die Hauptherausforderung für Italien. Ein weiterer Anstieg in

den nächsten drei Jahren ist wahrscheinlich. Vor dem Hintergrund der unverändert hohen Staatsverschuldung Italiens in Verbindung mit hohen Beständen in heimischen Staatsanleihen sowie aufgrund einer weiterhin verbesserungswürdigen Kreditqualität ist die Kapitalmarktrefinanzierung italienischer Kreditinstitute nur mit entsprechenden Risikoaufschlägen möglich. Daher wird der Refinanzierungsbedarf Italiens trotz angestoßener Gegenmaßnahmen und positiver Wachstumsprognosen für das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich weiterhin sehr hoch bleiben. Dennoch hat die EU Defizitverfahren gegen Italien und mehrere andere EU-Mitgliedstaaten eingeleitet, deren Ausgang offen ist. Zudem haben sich die Refinanzierungskosten Italiens im Zuge der eingeleiteten Zinswende deutlich erhöht. Eine Reduzierung der Anleihekäufe der EZB oder ausbleibende Fortschritte beim Abbau der Staatsverschuldung könnten den Kapitalmarktzugang des Landes und der in Italien ansässigen Banken zusätzlich deutlich erschweren.

Das Risikoprofil Frankreichs ist weiterhin durch die unklaren parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse seit der Wahl im Juli 2024 geprägt. Nach mehreren Wechseln an der Spitze der französischen Regierung ist seit Mitte Oktober 2025 wieder eine Regierung unter Führung der Renaissance-Partei im Amt. Die Regierung hat angekündigt, die umstrittene, aber als notwendig erachtete Rentenreform auszusetzen. Nachdem eine politische Einigung zur Konsolidierung scheiterte, konnte der Haushalt für das Jahr 2026 nur mithilfe des Verfassungsartikels 49.3 ohne Zustimmung des Parlaments durchgesetzt werden. Mit diesem Haushalt dürfte das Staatsdefizit das vierte Jahr in Folge über 5 % des französischen Bruttoinlandsprodukts liegen. Obwohl dieses Vorgehen die Regierung kurzfristig stabilisierte, wird die parlamentarische Arbeit durch fehlende Mehrheiten, Kompromisse und Blockaden erschwert, was die Unsicherheit noch verstärkt. Neuwahlen stehen derzeit nicht auf der Agenda. Trotz der politischen Unsicherheit zeigte sich die französische Wirtschaft zuletzt widerstandsfähig. Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass die Problematik des hohen Haushaltsdefizits und der steigenden Staatsverschuldung von über 110 % weiterhin besteht. Bei einem anhaltenden Defizit nahe der fünf Prozentmarke dürfte die Schuldenquote bis in das Jahr 2027 auf über 120 % steigen, was den fiskalischen Handlungsspielraum durch höhere Zinsausgaben weiter einengt.

Der zunehmende Einfluss bestimmter politischer Richtungen in verschiedenen europäischen Staaten könnte dazu führen, dass nationale Regierungen verstärkt ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen und weniger bereit sind, gemeinsame europäische Lösungen anzustreben. In

der Folge könnte dies zu einer von nationalen Interessen geprägten Wirtschaftspolitik führen, in der einzelne Länder versuchen, ihre wirtschaftlichen Herausforderungen eigenständig zu lösen, anstatt kooperativ zu agieren, und Kosten auf andere EU-Länder abzuwälzen.

Die EZB hat für den Fall eines übermäßigen Anstiegs der Risikoaufschläge das Transmission Protection Instrument entwickelt, um mit gezielten Markteingriffen gegensteuern zu können. Sollte dies jedoch nicht gelingen, könnten die Risikoaufschläge der höher verschuldeten Mitgliedsländer deutlich ansteigen und die Refinanzierung dieser Länder auf dem Kapitalmarkt würde sich in diesem Fall erheblich schwieriger gestalten.

Anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland

Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft mit einem Wirtschaftswachstum nahe der Nulllinie trotz aufgesetzter Konjunkturprogramme der Bundesregierung könnte sich weiter fortsetzen, zumal mögliche zusätzliche US-Importzölle für Deutschland mit seiner großen Exportindustrie konjunkturell dämpfend wirken dürften. Im Jahr 2026 stehen in fünf Bundesländern Landtagswahlen an, was die politische Entscheidungsfindung auf Bundesebene erheblich beeinflussen könnte. Insbesondere besteht die Gefahr, dass durch die monatelange Phase anhaltender Wahlkämpfe zwischen den politischen Parteien umfangreiche Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen in Deutschland verzögert werden. Dies wäre jedoch dringend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes wiederherzustellen und den Wohlstand zu sichern.

Gleichzeitig besteht das Risiko, dass strukturelle Probleme wie Fachkräftemangel und weiterhin hohe Energiepreise zu einem erneuten Ansteigen der Inflation führen könnten, wobei die resultierende Inflation nicht nur transitorisch wäre, sondern langfristig oberhalb des Inflationsziels der EZB verharren würde. Kritisch wäre dies insbesondere dann, wenn es aufgrund der gestiegenen Preise – neben den Produktionsrückgängen in der verarbeitenden Industrie – zu einer Kaufzurückhaltung bei den Konsumentinnen und Konsumenten und zu Lohnerhöhungen am Arbeitsmarkt käme, was in einer Lohn-Preis-Spirale münden würde. Dies könnte schlussendlich zu einer anhaltenden Phase der Stagflation führen, also einer Kombination von erhöhter Inflation, stagnierender Produktion und Nachfrage und steigender Arbeitslosigkeit.

Unerwartete Entwicklungen am Zinsmarkt

Zinssenkungsszenarien

In Folge der Leitzinssenkungen des Federal Reserve Board und der EZB stabilisierte sich die Zinsentwicklung auf einem moderaten Niveau. Das Zinsniveau zeigt jedoch weiterhin Wirkung auf die Inflationsraten, die im Laufe des Geschäftsjahres aufgrund der schwachen Konjunktur und von Basiseffekten bei den Energiepreisen im Bereich des EZB-Zielwerts von 2 % lagen. Während die Märkte unveränderte Leitzinsen für den Euroraum erwarten, werden von den Marktteilnehmern für die Vereinigten Staaten weitere Leitzinssenkungen antizipiert. Bei einer zu schnellen Zinssenkung besteht das Risiko, dass inflationstreibende Effekte wie beispielsweise eine Lohn-Preis-Spirale die Inflation wieder nach oben drücken könnten.

Zinserhöhungsszenarien

Das erste Jahr der US-Administration und die Mehrheit der Republikaner im Kongress haben zu einer Neubewertung der Konjunktur- und Zinsaussichten in den Vereinigten Staaten geführt. Die Umsetzung einer Vielzahl geplanter Maßnahmen durch die Regierung der Vereinigten Staaten könnte zu einer konjunkturellen Überhitzung und zu einem weiteren Anstieg der Inflation führen. In diesem Szenario wären unerwartete Zinserhöhungen durch das Federal Reserve Board nicht auszuschließen. Bei einem Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten wäre mit ebenfalls steigenden Zinsen im Euroraum zu rechnen, sodass die Schuldentragfähigkeit auch einiger europäischer Länder hinterfragt werden könnte. Zudem könnte ein unerwartet stärkeres Wirtschaftswachstum in Europa zu einem Zinsanstieg im Euroraum führen.

Erhöhte Volatilität an den globalen Finanzmärkten

Die Indizes der Aktienmärkte in Europa und den Vereinigten Staaten haben im Geschäftsjahr neue Höchststände erreicht und auch die Kurs-Gewinn-Verhältnisse der börsengehandelten Unternehmen sind nahe ihren zyklischen Spitzenwerten. Gleichzeitig ist eine allgemeine Nervosität der Anleger zu spüren. Es besteht das systemische Risiko, dass die teilweise spekulativen Verflechtungen und hohen Bewertungen in einzelnen Assetklassen, wie beispielsweise der Künstlichen Intelligenz, oder Regionen zu starken kurzfristigen Preisrückgängen an Aktienmärkten weltweit führen, was Vermögensverluste bei Marktteilnehmern verursachen und die Finanzstabilität gefährden

könnte. Dies wiederum hätte negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Nachhaltigkeitsrisiken

Nachhaltigkeitsrisiken können Risikofaktoren für bestehende Risikoarten darstellen und werden in diesen berücksichtigt. Als Nachhaltigkeitsrisiken werden Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Klima und Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiken: Environmental, Social, Governance) definiert, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf den Wert der Investition oder auf den Wert der Verbindlichkeit sowie auf die Reputation haben könnte.

Bei der CHEMIE Pensionsfonds AG werden Nachhaltigkeitsrisiken nicht als eigenständige Risikoart aufgefasst.

Unter dem Klima- und Umweltaspekt sind sowohl physische als auch transitorische Risiken bedeutsam. Bei den physischen Klima- und Umweltrisiken kann es sich um akute Ereignisse wie das vermehrte Auftreten von Naturkatastrophen handeln oder um negative Effekte, die auf einen dauerhaften Klimawandel zurückzuführen sind.

Transitorische Risiken können im Zusammenhang mit dem Umstieg auf eine kohlenstoffärmere und ökologisch nachhaltigere Wirtschaft entstehen. Sie gehen häufig mit Gesetzesänderungen und verändertem Verbraucherverhalten einher.

Durch den Klimawandel verursachte Schäden und die Transformation zu einer emissionsarmen Wirtschaft können erhebliche negative Konsequenzen für die Realwirtschaft und das Finanzsystem nach sich ziehen.

Klima- und Umweltrisiken umfassen zudem Biodiversitätsrisiken. Darunter sind Risiken von Biodiversitätsverlusten zu verstehen, die mit einer Verschlechterung des Zustands von Ökosystemen und damit dem Ausfall von Ökosystemleistungen einhergehen.

Im pensionsfondstechnischen Risiko können sich Umweltverschmutzung und Klimawandel negativ auf die Gesundheit der versicherten Personen auswirken und damit die Anzahl der Leistungsfälle erhöhen.

Des Weiteren können physische Klimarisiken operationelle Risiken auslösen und zu finanziellen Verlusten führen, die beispielsweise aus der Beeinträchtigung der Ge-

bäudekontinuität aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Gebäuden oder IT-Infrastruktur durch Wetter- und Umwelteignisse resultieren.

Transitorische Klimarisiken können sich in erster Linie im Marktrisiko mit möglichen negativen Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen niederschlagen. Auch besteht im Hinblick auf das operationelle Risiko die Gefahr, dass Ansprüche durch Dritte aufgrund von transitorischen Risiken geltend gemacht werden können. Zudem sind negative Auswirkungen auf die Reputation der CHEMIE Pensionsfonds AG möglich.

Soziale Risiken können aufgrund unzureichender Standards für die Wahrung der Grundrechte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder für deren Inklusion sowie aus unangemessenen Kundenpraktiken entstehen. Hierunter fallen etwa Verstöße gegen Standards des Arbeitsrechts, Arbeits- oder Gesundheitsschutzes. Darüber hinaus können soziale Risiken durch missbräuchliche Geschäftspraktiken gegenüber der Kundschaft hervorgerufen werden, insbesondere wenn dies langfristig zu einem geänderten Kunden- und Nachfrageverhalten führt.

Risiken der Unternehmensführung entstehen beispielsweise durch unzureichende oder intransparente Governance-Strukturen oder unzureichende Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie aller Ausprägungen von Korruption.

Soziale Risiken sowie Risiken der Unternehmensführung können operationelle Risiken auslösen sowie negative Auswirkungen auf die Reputation haben.

Pensionsfondstechnisches Risiko

Das pensionsfondstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

Die Risikosituation eines Pensionsfonds ist wesentlich bestimmt durch die Art der angebotenen Pensionspläne. Bei den von der CHEMIE Pensionsfonds AG angebotenen Pensionsplänen zur Durchführung einer Beitragszusage mit Mindestleistung ist durch die Kapitalanlage zu gewährleisten, dass beim vereinbarten Rentenbeginn mindestens die Summe der eingezahlten Beiträge zur Verfügung steht, abzüglich eventueller Beiträge für übernommene biometrische Risiken.

Im Rentenbezug ist aufgrund der Leistungsgarantien das Risiko der Langlebigkeit von Bedeutung.

Des Weiteren werden Pensionspläne angeboten, die versicherungsförmig garantierte Leistungen für Berufsunfähigkeits-, Alters- und Hinterbliebenenrenten gegen Einmalbeiträge zusagen. Hier sind das Zinsrisiko sowie das gesamte Spektrum der biometrischen Risikoarten in der betrieblichen Altersversorgung relevant. Diese Risiken managt die CHEMIE Pensionsfonds AG je nach Pensionsplan.

Zur Minderung der oben genannten Risiken überträgt die CHEMIE Pensionsfonds AG teilweise die oben genannten Risiken durch den Abschluss entsprechender Rückdeckungsversicherungen auf Lebensversicherungsunternehmen der R+V.

Zusätzliche Leistungsgarantien, die das Invaliditätsrisiko abdecken, werden vollständig rückversichert.

Bei den von der CHEMIE Pensionsfonds AG angebotenen Pensionsplänen zur Durchführung einer Leistungszusage ohne versicherungsförmige Garantien übernimmt die CHEMIE Pensionsfonds AG weder pensionsfondstechnische noch Anlagerisiken, da die vom Arbeitgeber zugesagten Leistungen unter dem Vorbehalt eines Nachschusses stehen. Das gilt auch für die Phase des Rentenbezugs. Sollte ein geforderter Nachschuss nicht erbracht werden, wird die Zusage der CHEMIE Pensionsfonds AG nach Maßgabe des noch vorhandenen Kapitals auf versicherungsförmig garantierte Leistungen herabgesetzt.

Bei reinen Beitragszusagen hängt die Höhe der lebenslangen Zahlungen vom Wert des Versorgungskapitals zum Zeitpunkt des Rentenübergangs ab sowie im weiteren Verlauf von der Wertentwicklung des Sicherungsvermögens für die Bedeckung der laufenden Renten. Damit besteht für den Versorgungsberechtigten das Risiko, dass die Leistungen abhängig vom Wert der Kapitalanlage schwanken und damit insbesondere auch sinken können. Auch diesem Risiko wirken die entsprechenden Maßnahmen des Risikomanagements des Marktrisiko entgegen.

In den laufenden Beiträgen und in der Deckungsrückstellung sind ausreichend Anteile zur Deckung der Kosten für die Verwaltung der Pensionsfondsverträge enthalten.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es spiegelt die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von der europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlagerichtlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird durch das Anlagemanagement, interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene behandelt die Gesellschaft Anlagerisiken durch eine funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die CHEMIE Pensionsfonds AG begegnet Kapitalanlagerisiken durch Beachtung einer ausgewogenen Gewichtung von Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität. Durch Mischung und Streuung der Kapitalanlagen soll die Anlagepolitik dem Ziel der Risikoverminderung Rechnung tragen.

Beim Management von Zinsrisiken achtet die Gesellschaft auf eine Mischung und Streuung der Kapitalanlagen verbunden mit einer die Struktur der Verpflichtungen berücksichtigenden Steuerung der Duration und einer ausgewogenen Risikonahme in ausgewählten Assetklassen.

Zum Umgang mit Zinsrisiken, die sich aus den angebotenen Pensionsplänen ergeben, verweist die CHEMIE Pensionsfonds AG auf die Ausführungen im Kapitel Pensionsfondstechnisches Risiko.

Beim Management von Spreadrisiken achtet die Gesellschaft insbesondere auf eine hohe Bonität der Anlagen, wobei der überwiegende Teil der Rentenbestände im Investmentgrade-Bereich investiert ist. Die Nutzung externer Kreditrisikobewertungen und interner Experteneinstufun-

gen, die zum Teil strenger sind als die am Markt vorhandenen Bonitätseinschätzungen, vermindert Risiken zusätzlich.

Die CHEMIE Pensionsfonds AG wendet Standard- und Worst-Case-Szenarien an, wodurch die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio simuliert werden.

Die Kapitalmärkte sind durch die aktuellen geopolitischen Entwicklungen in erheblicher Weise beeinflusst. Dies schlägt sich in einer erhöhten Volatilität der Marktwerte der Kapitalanlagen nieder. Ein Zinsrückgang kann kurzfristig einen positiven Bewertungseffekt auf den Bestand an Zinsträgern haben. Ein Zinstief kann die Gesellschaft im Hinblick auf den zu erwirtschaftenden Garantiezins mittelfristig vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Ein Zinsanstieg und eine Ausweitung der Risikoaufschläge für Anleihen können zu einem Rückgang der Marktwerte der Kapitalanlagen führen.

Bei den Investitionsentscheidungen berücksichtigt die R+V sowohl den umfassenden R+V-spezifischen Nachhaltigkeitsansatz als auch die gegebenenfalls abweichenden Ansätze der institutionellen Partner und Kunden. Im Rahmen des Nachhaltigkeitsansatzes der R+V werden sowohl auf ökologische und soziale Aspekte als auch auf solche der guten und fairen Unternehmensführung (sogenannte ESG-Kriterien) geachtet. Dieser Ansatz geht über das Anwenden von vordefinierten Ausschlüssen hinaus, in dem ESG-Kriterien grundsätzlich in den Prozess für Investment-Entscheidungen integriert werden. Insbesondere bei Anlagestrategien auf Rechnung und Risiko den Kunden der R+V im Segment der betrieblichen Altersvorsorge stehen die Präferenzen der Partner und Kunden im Vordergrund.

Ausfallrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten beziehungsweise Schuldnerinnen und Schuldner und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlage der Gesellschaft weist eine hohe Bonität auf. Es handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staats-, Finanz- und Unternehmensanleihen sowie um gesetzlich besicherte Pfandbriefe.

Konzentrationsrisiken werden bei der Gesellschaft durch Mischung und Streuung der Kapitalanlagen gemindert. Dies zeigt sich insbesondere anhand der breiten Emittentenbasis im Portfolio.

Die Kapitalanlage des Sicherungsvermögens 1 erfolgt teilweise in Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen. Dadurch hat die CHEMIE Pensionsfonds AG einen Teil des Marktrisikos an Lebensversicherungsunternehmen der R+V Gruppe übertragen. Für die den Sicherungsvermögen 2 bis 4 zugeordneten Kapitalanlagen trägt die Gesellschaft kein Marktrisiko, da diese Kapitalanlagen dem Risiko der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterliegen.

Besondere Aspekte des Pensionsfondsgeschäfts

Ein Zinsniveau, das niedriger ist als die garantierten Zinsen, stellt für Pensionsfonds das Risiko dar, dass die bei Vertragsabschluss vereinbarte garantierte Mindestverzinsung nicht dauerhaft auf dem Kapitalmarkt erwirtschaftet werden kann. Bei den für Pensionsfonds typischen langfristigen Garantieprodukten besteht das Risiko negativer Abweichungen von den Kalkulationsannahmen über die Laufzeit der Verträge.

Diesem Risiko begegnet die CHEMIE Pensionsfonds AG durch eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Risikotragfähigkeit stärken. Dazu zählt neben einem konsequenten Management von Kapitalanlage-, Risiko- und Kostenergebnissen der Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die auch in ungünstigen Kapitalmarktsituationen zur Verfügung stehen. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines weiteren Zinsanstiegs sowie volatiler Kapitalmärkte geprüft.

Das aktuelle Zinsniveau wird sich langfristig positiv auf die Risikotragfähigkeit und Ertragskraft der CHEMIE Pensionsfonds AG auswirken. Im kommenden Jahr wird es dennoch notwendig sein die Zinsverstärkungen weiter aufzustoßen.

Besondere Aspekte des Kreditportfolios

Die Gesellschaft investiert vorwiegend in Emittenten beziehungsweise Schuldnerinnen und Schuldner mit einer guten bis sehr guten Bonität. Die R+V verwendet zur Bonitätseinstufung generell zugelassene externe Ratings, zusätzlich werden entsprechend den Vorgaben der EU-Verordnung über Ratingagenturen (CRA III) interne Experteneinstufungen zur Plausibilisierung der externen Ratings vorgenommen. Die R+V hat das externe Rating als Maximum definiert, selbst wenn eigene Bewertungen zu einem besseren Ergebnis kommen.

Kontrahentenrisiken werden durch Investitionen in Rententitel mit hoher Bonität begrenzt. In der strategischen Asset Allokation wird der Non-Investmentgrade-Anteil auf maximal 3% begrenzt. Von den Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren wiesen 89,1 % (2024: 88,3 %) ein Rating gemäß der Standard & Poor's-Systematik von gleich oder besser als A, 50,5 % (2024: 51,8 %) von gleich oder besser als AA auf.

Die Kapitalanlagen der Gesellschaft wiesen im Geschäftsjahr 2025 weder Zinsausfälle noch Kapitalausfälle auf.

Die R+V überprüft die Kreditportfolios im Hinblick auf krisenhafte Entwicklungen. Erkannte Risiken werden mithilfe einer Berichterstattung und Diskussion in den Entscheidungsgremien der R+V beobachtet, analysiert und gesteuert. Bei Bedarf erfolgen Portfolioanpassungen.

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der folgenden zwölf Monate ergeben. Es wird bei der CHEMIE Pensionsfonds AG durch die bestehenden Rückversicherungsverträge deutlich gemindert.

Die Lebensversicherungsunternehmen, bei denen die CHEMIE Pensionsfonds AG Verträge abgeschlossen hat, sind in die Risikomanagementprozesse der R+V integriert und von guter Bonität.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die CHEMIE Pensionsfonds AG zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird überwacht.

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft wird durch das Forderungsmanagement begegnet. Sofern erforderlich, werden Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko (OpRisk) bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt.

Nachhaltigkeitsrisiken in Form von Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken können als Risikofaktoren ursächlich für das operationelle Risiko sein.

In die zur Identifikation operationeller Risiken verwendeten Instrumente – Risk Self-Assessment und Risikoindikatoren – werden auch ESG-Aspekte einbezogen. Auf diese Weise werden nachhaltigkeitsgetriebene operationelle Risiken gesteuert und überwacht.

Zum Ausbau des Managements ESG-induzierter operationeller Risiken wird derzeit eine ESG-spezifische Kennzeichnung innerhalb der zuvor genannten Steuerungsinstrumente eingeführt. Dies hat zum Ziel, mittels expertenbasierter Einschätzungen belastbare Aussagen zur Wirkung von Nachhaltigkeitsrisikofaktoren auf operationelle Risiken treffen zu können.

Die R+V setzt für das Management und Controlling operationeller Risiken szenariobasierte Risk Self Assessments (RSA) sowie Risikoindikatoren ein. Im Rahmen der RSA werden operationelle Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schadenhöhe bewertet. In Ausnahmefällen können qualitative Bewertungen herangezogen werden.

Risikoindikatoren ermöglichen frühzeitige Aussagen zu Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung und erlauben es, Schwächen in den Geschäftsprozessen zu erkennen. Auf Basis vorgegebener Schwellenwerte werden Risikosituationen mittels einer Ampellogik signalisiert.

Zur Unterstützung des Managements des operationellen Risikos sind alle Geschäftsprozesse der R+V nach den Vorgaben der Rahmenrichtlinie für die Befugnisse und Vollmachten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaften der R+V strukturiert. Für die in dieser Richtlinie nicht geregelten Bereiche liegen weitere Richtlinien, insbesondere Annahme- und Zeichnungsrichtlinien, vor.

Ein wesentliches Instrument zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das Interne Kontrollsystem (IKS) dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit des IKS durch die Konzern-Revision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen begegnet.

Zur Minderung von Rechtsrisiken wird die einschlägige Rechtsprechung beobachtet und analysiert, um entsprechenden Handlungsbedarf rechtzeitig zu erkennen und in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Rechtsstreitigkeiten aus der Schaden- beziehungsweise Leistungsbearbeitung

von Versorgungsfällen sind in den pensionsfondstechnischen Rückstellungen berücksichtigt und somit nicht Gegenstand des operationellen Risikos. Daneben hat die Compliance-Organisation Systeme, Prozesse und Kontrollen implementiert, um Compliance-Risiken entgegenzuwirken.

Im Rahmen der IT-Strategie ist die Gewährleistung eines stabilen, sicheren und wirtschaftlichen Betriebs der Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen und der Anwendungssysteme elementar. Der IT-Betrieb findet weitgehend zentralisiert und mit hoher Fertigungstiefe statt. Dies erfolgt unter Anwendung standardisierter IT-Prozesse und -Verfahren, der Verwendung von Best-Practice-Ansätzen und einer engen Orientierung an Marktstandards.

Ein wesentlicher Aspekt beim Einsatz von IT ist die digitale operationale Resilienz (DOR), um Auswirkungen von IT-Ausfällen, insbesondere in Bezug auf die kritischen Geschäftsprozesse gering zu halten und Unterbrechungen des Geschäftsbetriebs zu verhindern.

Physische und logische Schutzvorkehrungen dienen der Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie der Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. Die R+V hat durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittsicherung, Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Darüber hinaus werden die Daten auf einen Bandroboter in einen ausgelagerten und entfernten Standort gespiegelt.

Das Sicherheitsniveau wird unterstützt durch systematische Schutzbedarfsfeststellungen, Sicherheitskonzepte auf Grundlage definierter IT-Sicherheitsstandards, Notfallkonzepte sowie durch ein Kapazitätenmanagement. Das Kapazitätenmanagement erfolgt unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten und sieht für geeignete Aufgaben die flexible Nutzung von Sourcing-Optionen und den risikobasierten Einsatz von IT-Providern vor. Diese werden bei Bedarf in die Prozesse integriert und risikoorientiert überwacht.

Die Gesellschaft setzt für das Management und Controlling der Cyber-/Informationsrisiken einen Informationsrisikomanagementprozess mit entsprechenden Rollen, Verantwortlichkeiten und Verfahren ein. Die Risiken werden dabei ganzheitlich betrachtet. Zur Identifikation von Cyber-/Informationsrisiken werden verschiedene Instrumente des Informations- und IT-Sicherheitsmanagements, wie zum Beispiel Soll-Ist-Vergleiche und Penetration-Testings eingesetzt. Über die Behandlung identifizierter Risiken entscheidet der jeweilige Informationsrisikoeigentümer entlang der Systematik und der Schritte des etablierten Informationsrisikomanagementprozesses.

Zum Schutz gegen mögliche Drittbezugsrisiken erfolgen gemäß den Leitlinien Outsourcing und Bezug von IKT-Dienstleistungen eine strukturierte Kategorisierung der Auslagerungen und Drittbezüge, die Identifizierung potenzieller Risikofaktoren im Rahmen der Risikoanalyse, die Ableitung von Auflagen zur Risikominderung inklusive vertraglich zu vereinbarenden Standardinhalten sowie die Einbindung in das Notfallmanagement.

Zur Sicherung der Betriebsfortführung verfügt die R+V über ein Business-Continuity-Managementsystem (BCM-System), das auch das Notfall- und Krisenmanagement umfasst. Durch das BCM soll gewährleistet werden, dass der Geschäftsbetrieb der Gesellschaften im Not- und Krisenfall aufrechterhalten werden kann. Zu diesem Zwecke werden die zeitkritischen Geschäftsprozesse mit den benötigten Ressourcen erfasst sowie hierzu notwendige Dokumentationen, wie beispielsweise Geschäftsfortführungspläne, erstellt und überprüft. Für die Bewältigung von Not- und Krisenfällen bestehen darüber hinaus gesonderte Organisationsstrukturen, zum Beispiel R+V-Krisenstab / Lagezentrum sowie die einzelnen Notfallteams der Ressorts und Standorte.

Für die sichere und effiziente Durchführung von Projekten hat die R+V eine Investitionskommission installiert, die Entscheidungsvorlagen zur Bewilligung von Großprojekten erstellt sowie die Begleitung dieser Projekte durchführt. Die Projekte an ein unabhängiges und enges Projekt-Controlling geknüpft.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko ist das Risiko zu verstehen, dass Unternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren oder diese nur mit Verlust veräußern können, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquidität der CHEMIE Pensionsfonds AG wird zentral überwacht und gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Zahlungsströme durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem pensionstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung. Bei der Neuanlage wird die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätserfordernisse kontinuierlich geprüft.

Durch Sensitivitätsanalysen wesentlicher pensionsfondstechnischer Parameter wird die Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität unter krisenhaften Marktbedingungen monatlich überprüft. Die im Rahmen des monatlichen Berichtswesens dargestellten Ergebnisse zeigen die Fähigkeit der CHEMIE Pensionsfonds AG, die eingegangenen Verpflichtungen jederzeit zu erfüllen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen im weiteren Sinne sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die sich aufgrund hoher Abhängigkeiten beziehungsweise verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam realisieren können. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Stresssituationen.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko der CHEMIE Pensionsfonds AG sind teilweise in Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen investiert. Das Anlageverhalten der Lebensversicherungsgesellschaften ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentrationen im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen eine Optimierung des Risikoprofils zu erreichen. Hierzu trägt die Einhaltung der durch die internen Regelungen in der Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko vorgegebenen quantitativen Grenzen gemäß dem Grundsatz der angemessenen Mischung und Streuung bei. In diesem Fall gilt auch die Anlage in Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen als angemessen gemischt und gestreut.

Neben der Kapitalanlage in Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen besteht auch ein Rentenportfolio der CHEMIE Pensionsfonds AG. Dieses ist breit diversifiziert und folgt der oben erwähnten Risikoausrichtung der Lebensversicherungsgesellschaften.

Darüber hinaus ist auch das Anlageverhalten für die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern darauf ausgerichtet, Risikokonzentrationen im Portfolio zu vermeiden und durch Diversifikation der Anlagen eine Minderung der Risiken zu erreichen.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen beziehungsweise daraus, dass diese nicht einem geänderten Unternehmensumfeld angepasst werden.

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie Veränderungen in Markt und Wettbewerb unterliegen einer ständigen Beobachtung, damit rechtzeitig und angemessen auf Chancen und Risiken reagiert werden kann. Die R+V analysiert und prognostiziert laufend nationale und globale Sachverhalte mit Einfluss auf geschäftsrelevante Parameter. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden beispielsweise hinsichtlich der Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgewertet und finden Eingang in die Entwicklung neuer Produkte der R+V.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes, der sich aus einer möglichen Beschädigung der Reputation des Unternehmens oder der gesamten Branche infolge einer negativen Wahrnehmung durch die relevanten Stakeholder ergibt.

Reputationsrisiken treten als eigenständige Risiken auf (primäres Reputationsrisiko) oder sie entstehen als mittelbare oder unmittelbare Folge anderer Risikoarten wie insbesondere des operationellen Risikos (sekundäres Reputationsrisiko).

Bei einer Verschlechterung der Reputation besteht die Gefahr, dass bestehende oder potenzielle Kundinnen und Kunden verunsichert werden, wodurch bestehende Geschäftsbeziehungen gekündigt oder erwartete Geschäfte nicht realisiert werden könnten. Auch besteht die Gefahr, dass der zur Durchführung des Geschäfts erforderliche Rückhalt von Stakeholdern, wie Partnern in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nicht mehr gewährleistet ist.

Sofern sich die im Rahmen der Nachhaltigkeitsrisikofaktoren betrachteten transitorischen Risiken, sozialen Risiken oder Risiken der Unternehmensführung realisieren, kann dies zu erhöhten Reputationsrisiken führen.

Etwa kann die Reputation der R+V beeinträchtigt werden, wenn Stakeholder der R+V den Umgang der R+V mit Nachhaltigkeitsaspekten, insbesondere hinsichtlich klima- und umweltschädlicher Einflüsse angebotener oder geplanter Produkte sowie bestehender oder angestrebter Geschäftsbeziehungen, für nicht angemessen erachten.

Darüber hinaus besteht die Gefahr einer Verschlechterung der Reputation der R+V durch Investitionen in Unternehmen, die für Umweltschäden verantwortlich sind, gegen soziale Normen verstoßen, den Datenschutz vernachlässigen oder Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption, Betrug oder Steuerhinterziehung unzureichend umsetzen.

Die Unternehmenskommunikation der R+V wird zentral koordiniert, um einer falschen Darstellung von Sachverhalten entgegenzutreten zu können. Die Berichterstattung in den Medien über die Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und der R+V im Besonderen wird über alle Ressorts hinweg beobachtet und laufend analysiert.

Risikotragfähigkeit

Die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit (Solvabilitätsquote) der CHEMIE Pensionsfonds AG erfolgt unter Beachtung der aktuell geltenden, branchenbezogenen Gesetzgebung und beschreibt den Grad der Überdeckung der aufsichtsrechtlich geforderten Mindest-Solvabilitätsquote durch verfügbare Eigenmittel. Zusätzlich erfolgt eine Bewertung des Finanzierungsbedarfs. Dabei wird eingeschätzt, ob die bestehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Bedeckung der pensionsfondstechnischen Passiva, die Kapitalausstattung und die Risikotragfähigkeit auch künftig sowie unter Berücksichtigung von Risiken erfüllt werden. Für diese Beurteilung werden neben bestehenden Analysen und Berichten auch Projektionsrechnungen genutzt.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der CHEMIE Pensionsfonds AG überschreitet per 31. Dezember 2025 die geforderte Mindest-Solvabilitätsquote. Genehmigungspflichtige Eigenmittel werden bei der Berechnung der Solvabilitätsquote nicht berücksichtigt. Auf Basis der im Rahmen der internen Planung angewendeten Kapitalmarkt-

szenarien zeigt sich, dass die Solvabilitätsquote der CHEMIE Pensionsfonds AG auch zum 31. Dezember 2026 oberhalb der gesetzlichen Mindestanforderung liegen wird.

Risikosituation

Die aktuellen aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden erfüllt. Die aktuelle Risikosituation liegt innerhalb der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft.

Über die in diesem Bericht beschriebenen Risiken hinaus sind aus heutiger Sicht keine weiteren Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der CHEMIE Pensionsfonds AG nachhaltig beeinträchtigen.

Prognosebericht

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Die Beurteilung und Erläuterung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken erfolgt nach bestem Wissen und Gewissen unter Zugrundelegung der heute zur Verfügung stehenden Erkenntnisse über Branchenaussichten, zukünftige wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen und Entwicklungstrends sowie deren wesentliche Einflussfaktoren. Diese Aussichten, Rahmenbedingungen und Trends können sich natürlich in Zukunft verändern, ohne dass dies bereits jetzt vorhersehbar ist.

Insgesamt kann daher die tatsächliche Entwicklung der CHEMIE Pensionsfonds AG wesentlich von den Prognosen abweichen. Die Einschätzungen beruhen dabei in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Die berücksichtigten Annahmen basieren auf den Bewertungsfaktoren und Erkenntnissen zum Bilanzstichtag und sind insbesondere im Hinblick auf die weiteren zukünftigen Entwicklungen von erheblichen Unsicherheiten geprägt. Somit spiegeln sich in der folgenden Einschätzung der Entwicklung der CHEMIE Pensionsfonds AG unvollkommene Annahmen und subjektive Ansichten wider, für die keine Haftung übernommen werden kann.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Aufgrund anhaltender geopolitischer Konflikte, der neuen US-Handelszölle und politischen Konflikte agieren viele Unternehmen und Haushalte weiter unter hoher Unsicherheit. Die verringerten Leitzinsen der großen Notenbanken werden sich hingegen positiv auf die weltweite Konjunktur

auswirken. Darüber hinaus werden die von der Bundesregierung im Jahr 2025 beschlossenen Konjunkturprogramme und die steigenden Verteidigungsausgaben in Europa in den nächsten Jahren für eine starke fiskalpolitische Stützung sowohl der deutschen als auch der europäischen Konjunktur sorgen.

Wirtschaftsforscher erwarten, dass das globale Wachstum den moderaten Expansionskurs fortsetzen wird. Die deutsche Konjunktur dürfte anziehen, trotzdem gibt es zahlreiche Belastungen und die privaten Investitionen werden auf einem geringen Niveau erwartet. Die Inflation dürfte sich aufgrund der schwachen Konjunktur weiter normalisieren. Weitere Zinssenkungen der EZB sind bei disinflationären Tendenzen oder einer weiteren Abkühlung der Arbeitsmärkte nicht auszuschließen.

Der Sachverständigenrat prognostiziert in seinem Herbst-Jahresgutachten ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2026 von 0,9 % in Deutschland und von 1,0 % im Euroraum. Dies soll maßgeblich durch die steigenden staatlichen Ausgaben sowie die kalenderbedingt höhere Anzahl an Arbeitstagen getragen werden. Für die Inflationsrate rechnen die Sachverständigen mit 2,1 % sowohl in Deutschland als auch im Euroraum.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten dürfte im Jahr 2026 weiter stark von politischen Weichenstellungen geprägt sein. Fiskalische Impulse und der weitere Kurs der Notenbanken werden die stark politisierten Märkte weiter bestimmen. Die Auswirkungen der US-Handelszölle dürften auch 2026 zu spüren sein. Die zunehmende Sorge um die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen wird dabei Einfluss auf die Zinsen und Wechselkurse haben. Darüber hinaus werden sich die hohen Erwartungen in Bezug auf Produktivitätssteigerungen durch den Einsatz künstlicher Intelligenz beweisen müssen und die Aktien- und Spreadmärkte im Jahr 2026 weiter beschäftigen. Geopolitische Unsicherheiten bergen weiterhin Potenzial für Volatilität an den Kapitalmärkten.

Im Kontext des sich stetig ändernden makroökonomischen Umfelds richtet R+V die Vermögensanlage unter Beachtung der Grundsätze von Mischung und Streuung sowie einer ausreichenden Fungibilität an der Strategischen Asset-Allokation aus und begegnet den Risiken aus unerwarteten Entwicklungen durch Adjustierung der Allokationsvorgaben. Die Liquiditätsteuerung basiert auf einer rollierenden Planung und antizipiert unerwartete Ereignisse. Mit

dem Risikomanagement überwacht R+V die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung unter anderem im Hinblick auf eine ausreichende Solvenz fortlaufend und kann damit auf unerwartete Entwicklungen durch geeignete Steuerungsmaßnahmen wirksam reagieren.

In der Kapitalanlagestrategie der R+V sorgt der hohe Anteil festverzinslicher und bonitätsstarker Wertpapiere dafür, dass die versicherungstechnischen Verpflichtungen jederzeit erfüllt werden können. Die Chancen an den Zins- und Kreditmärkten sollen unter der Voraussetzung weiterhin hoher Qualität der Titel, breiter Streuung und starker Risikokontrolle genutzt werden, insbesondere durch Investitionen in Staats- und Unternehmensanleihen. Basis der Kapitalanlagetätigkeit bleibt eine langfristige Anlagestrategie verbunden mit einem integrierten Risikomanagement.

Entwicklung der CHEMIE Pensionsfonds AG

Die CHEMIE Pensionsfonds AG wird die Chancen nutzen, die sich aus der Veränderung von Rahmen- und Marktbedingungen ergeben. Risiken, die sich aus den Änderungen ergeben, sollen erkannt und beherrschbar gemacht werden.

Das im Jahr 2025 erfolgreich abgeschlossene Strategieprogramm „WIR@R+V“ wurde in die neue Unternehmensstrategie „NextLevel“ überführt, welche bis 2030 umgesetzt wird. Diese baut auf den Kernbereichen Kundenzentrierung, Digitalisierung und Prozessoptimierung der Vorgängerstrategie auf. Die Strategie „NextLevel“ adressiert die aktuellen Herausforderungen, indem das Wachstumspotenzial im Genossenschaftlichen Verbund genutzt und die Unternehmenssteuerung sowie operative und technologische Exzellenz optimiert werden. Ziel ist ein ertragreiches Wachstum verbunden mit der Erschließung neuer Kundenkreise und Marktanteile. Nachhaltigkeit bleibt ein fester Bestandteil der Strategie.

Die erfolgreiche Etablierung des ersten branchenweiten Sozialpartnermodells in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern in der chemischen Industrie und die regulatorische Stärkung durch das Zweite Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSG II) eröffnen weiterhin neue vertriebliche Möglichkeiten. Des Weiteren gehen besondere Impulse in der betrieblichen Altersversorgung unter anderem vom Tarifvertrag „Moderne Arbeitswelt“ (Zukunftsbetrag) in der chemischen Industrie aus. Den Mitarbeitern der chemischen Industrie steht ein jährlicher Zusatzbeitrag zur Verfügung, welcher bei 23 % eines monatlichen Tarifgehaltes

liegt und unter anderem für die betriebliche Altersversorgung eingesetzt werden kann. Tarifgestützte Versorgungswerke helfen dabei, die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung auszubauen. Trotz der konjunkturellen Herausforderungen in der chemischen Industrie wird für die Folgejahre weiterhin mit einem moderaten Wachstum der gebuchten Beiträge gerechnet.

Insgesamt erwartet die CHEMIE Pensionsfonds AG für das Geschäftsjahr 2026 einen positiven Geschäftsverlauf mit leicht ansteigenden gebuchten Beiträgen sowie ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres.

Dank

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich für ihr Engagement in diesem erneut nicht einfachen Geschäftsjahr und spricht hierfür seine Anerkennung aus.

Die kooperierenden Branchen und verbundenen Berufsstände haben im Geschäftsjahr 2025 wieder einen großen Beitrag zum Erfolg der CHEMIE Pensionsfonds AG geleistet. Hierfür dankt Ihnen der Vorstand.

Wiesbaden, 3. März 2026

Der Vorstand

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2025

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		Summe der Jahresrenten Tsd. Euro
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	80.313	42.061	2.373	1.009	4.613
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	2.841	1.592	292	149	766
2. Sonstiger Zugang	-	-	-	-	4
3. Gesamter Zugang	2.841	1.592	292	149	771
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	150	46	33	10	41
2. Beginn der Altersrente	261	126	-	-	-
3. Invalidität	84	57	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	1.472	692	-	-	-
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	464	248	-	-	-
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	9	6	-	-	-
7. Sonstiger Abgang	6	3	2	-	1
8. Gesamter Abgang	2.446	1.178	35	10	42
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	80.708	42.475	2.630	1.148	5.341
davon:					
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	-	-	-	-	-
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	-	-	1.138	213	-
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	80.708	42.475	-	-	-
4. beitragsfreie Anwartschaften	26.539	16.863	-	-	-
5. in Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-
6. in Rückversicherung gegeben	392	125	-	-	-
7. lebenslange Altersrente	80.708	42.475	2.405	1.017	4.998
8. Auszahlungsplan mit Restverrentung	-	-	-	-	-

Hinterbliebenenrente

Summe der Jahresrente

Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Tsd. Euro	Witwer Tsd. Euro	Waisen Tsd. Euro
346	121	32	282	78	98
40	22	11	45	16	67
-	-	-	0	0	0
40	22	11	45	16	67
2	1	-	1	0	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	5	-	-	41
-	-	1	-	-	1
-	-	-	-	-	-
-	-	2	-	-	4
2	1	8	1	0	46
384	142	35	326	93	118
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss 2025

Bilanz

zum 31. Dezember 2025

Aktiva

in Euro				2025	2024
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I.	Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-			-
II.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-			-
III.	Geschäfts- oder Firmenwert	-			-
IV.	Geleistete Anzahlungen	-			-
B. Kapitalanlagen					
I.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	-			-
II.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	-			-
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.049.310,30			4.020.714,68
3.	Beteiligungen	-			-
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	4.049.310,30		-
III.	Sonstige Kapitalanlagen				
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-			-
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		757.379.074,68		658.643.980,26
3.	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-			-
4.	Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen		274.661.452,63		300.819.107,44
5.	Sonstige Ausleihungen				
a)	Namenschuldverschreibungen	-			-
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen	-			-
c)	Übrige Ausleihungen	-	-		-
6.	Einlagen bei Kreditinstituten	-			-
7.	Andere Kapitalanlagen	-	1.032.040.527,31		-
				1.036.089.837,61	963.483.802,38
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern					
I.	Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern		431.396.139,29		411.096.173,58
II.	Sonstiges Vermögen	-			-
				431.396.139,29	411.096.173,58

Aktiva

in Euro			2025	2024
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:				
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte		101.766,36		109.600,40
Davon an: verbundene Unternehmen	- € (VJ: - €)			
2. Vermittler		-	101.766,36	-
Davon an: verbundene Unternehmen	- € (VJ: - €)			
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			-	-
Davon an: verbundene Unternehmen	- € (VJ: - €)			
III. Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen			-	-
Davon an: verbundene Unternehmen	- € (VJ: - €)			
IV. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			-	-
Davon an: verbundene Unternehmen	- € (VJ: - €)			
V. Sonstige Forderungen			478.983,78	52.507,22
Davon an: verbundene Unternehmen	363.355 € (VJ: 382 €)			
			580.750,14	162.107,62
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte			-	-
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		31.706.592,31		39.852.420,52
III. Andere Vermögensgegenstände		479.263,73		415.250,24
			32.185.856,04	40.267.670,76
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		13.334.823,92		11.170.551,89
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		-		-
			13.334.823,92	11.170.551,89
G. Aktive latente Steuern			-	-
H. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-	-
I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-	-
Summe Aktiva			1.513.587.407,00	1.426.180.306,23

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Wiesbaden, 2. März 2026

Lau-Buschner, Treuhänderin

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten D. II. und E. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 240 Satz 1 Nr. 10 bis 12 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Wiesbaden, 24. Februar 2026

Demski, Verantwortliche Aktuarin

Passiva

in Euro		2025	2024
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes Eigenkapital			
1. Gezeichnetes Kapital	3.000.000,00		3.000.000,00
2. Abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	3.000.000,00	-
II. Kapitalrücklage		10.189.786,04	10.189.786,04
Davon Rücklage gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 5 VAG:	- € (VJ: - €)		
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	300.000,00		300.000,00
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-		-
3. Satzungsmäßige Rücklagen	-		-
4. Andere Gewinnrücklagen	21.328.057,20	21.628.057,20	19.328.057,20
VI. Bilanzgewinn		3.500.000,00	3.000.000,00
Davon Gewinnvortrag	- € (VJ: - €)		
		38.317.843,24	35.817.843,24
B. Genussrechtskapital		-	-
C. Nachrangige Verbindlichkeiten		-	-
D. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge			
1. Bruttobetrag	52.424,58		60.168,31
2. Davon ab: Anteil für das in Rückversicherung gegebene Pensionsfondsgeschäft	-	52.424,58	-
II. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	1.022.471.393,48		962.541.886,72
2. Davon ab: Anteil für das in Rückversicherung gegebene Pensionsfondsgeschäft	-	1.022.471.393,48	-
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle			
1. Bruttobetrag	110.904,13		31.323,55
2. Davon ab: Anteil für das in Rückversicherung gegebene Pensionsfondsgeschäft	-	110.904,13	-
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. Bruttobetrag	18.626.637,98		15.186.732,21
2. Davon ab: Anteil für das in Rückversicherung gegebene Pensionsfondsgeschäft	-	18.626.637,98	-
V. Sonstige pensionsfondstechnische Rückstellungen			
1. Bruttobetrag	-		-
2. Davon ab: Anteil für das in Rückversicherung gegebene Pensionsfondsgeschäft	-	-	-
		1.041.261.360,17	977.820.110,79

Bilanz

Passiva

in Euro			2025	2024
E. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	431.396.139,29			411.096.173,58
2. Davon ab: Anteil für das in Rückversicherung gegebene Pensionsfondsgeschäft	-	431.396.139,29		-
II. Übrige pensionsfondstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	-			-
2. Davon ab: Anteil für das in Rückversicherung gegebene Pensionsfondsgeschäft	-	-		-
			431.396.139,29	411.096.173,58
F. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			-	-
II. Steuerrückstellungen		2.069.498,86		925.539,02
III. Sonstige Rückstellungen		98.237,56		177.924,57
			2.167.736,42	1.103.463,59
G. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückversicherung gegebenen Pensionsfondsgeschäft			-	-
H. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber:				
1. Arbeitgebern	329.494,67			168.812,69
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	- €	(VJ: - €)		
2. Versorgungsberechtigten	-			-
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	- €	(VJ: - €)		
3. Vermittlern	-	329.494,67		-
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	- €	(VJ: - €)		
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		32.375,80		79.371,70
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	21.670 €	(VJ: 25.200 €)		
III. Verbindlichkeiten gegenüber Lebensversicherungsunternehmen		-		-
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	- €	(VJ: - €)		
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-		-
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	- €	(VJ: - €)		
V. Sonstige Verbindlichkeiten		82.457,41		94.530,64
Davon:				
aus Steuern	- €	(VJ: - €)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit	- €	(VJ: - €)		
gegenüber verbundenen Unternehmen	42 €	(VJ: 3.074 €)		
			444.327,88	342.715,03
I. Rechnungsabgrenzungsposten			-	-
K. Passive latente Steuern			-	-
Summe Passiva			1.513.587.407,00	1.426.180.306,23

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

Gewinn- und Verlustrechnung

in Euro			2025	2024
I. Pensionsfondstechnische Rechnung				
1.	Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a)	Gebuchte Bruttobeiträge	86.347.507,67		79.431.239,49
b)	Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	84.801,54	86.262.706,13	113.947,14
c)	Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	7.743,73		10.862,64
d)	Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-	7.743,73	-
			86.270.449,86	79.328.154,99
2.	Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung		3.538.429,55	2.465.598,53
3.	Erträge aus Kapitalanlagen			
a)	Erträge aus Beteiligungen		-	-
	Davon: aus verbundenen Unternehmen			
	- €	(VJ: - €)		
b)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
	Davon: aus verbundenen Unternehmen			
	6.319.568 € (VJ: (6.141.476 €))			
aa)	Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		-	-
bb)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen	32.910.263,07	32.910.263,07	31.764.305,28
c)	Erträge aus Zuschreibungen		-	-
d)	Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		4.604.298,46	6.767.732,27
e)	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-	-
			37.514.561,53	38.532.037,55
4.	Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		15.176.630,12	7.386.662,96
5.	Sonstige pensionsfondstechnische Erträge für eigene Rechnung		3.118.095,09	2.547.439,57
6.	Aufwendungen für Versorgungsfälle für eigene Rechnung			
a)	Zahlungen für Versorgungsfälle			
aa)	Bruttobetrag	39.889.544,58		37.259.008,56
bb)	Anteil der Rückversicherer	-50.336,00	39.939.880,58	-15.464,00
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle			
aa)	Bruttobetrag	79.580,58		-23.242,08
bb)	Anteil der Rückversicherer	-	79.580,58	-
			39.918.789,16	37.251.230,48

Gewinn- und Verlustrechnung

in Euro			2025	2024
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-80.229.472,47			-73.251.780,03
bb) Anteil der Rückversicherer	-	-80.229.472,47		-
b) Sonstige pensionsfondstechnische Netto-Rückstellungen		-		-
			-80.229.472,47	-73.251.780,03
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			6.983.689,00	7.524.695,73
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	178.738,14			175.300,87
b) Verwaltungsaufwendungen	1.914.133,36	2.092.871,50		1.911.649,61
c) Davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückversicherung gegebenen Pensionsfondsgeschäft		2.445,17		51.374,00
			2.090.426,33	2.035.576,48
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		3.494.873,60		3.205.805,38
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-		-
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		7.238.020,06		1.347.341,18
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		-		-
			10.732.893,66	4.553.146,56
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			11,64	735.313,85
12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			113.946,21	37.982,07
13. Pensionsfondstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			5.548.937,68	4.870.168,40

Gewinn- und Verlustrechnung

in Euro			2025	2024
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung				
1.	Sonstige Erträge		307.221,53	261.730,85
2.	Sonstige Aufwendungen		635.311,29	629.171,47
	Nichtpensionsfondstechnisches Ergebnis		-328.089,76	-367.440,62
3.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		5.220.847,92	4.502.727,78
4.	Außerordentliche Erträge		-	-
5.	Außerordentliche Aufwendungen		-	-
6.	Außerordentliches Ergebnis		-	-
7.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.720.847,92	1.502.727,78
8.	Sonstige Steuern		-	-
	Davon Organschaftumlage	- € (VJ: - €)		
			1.720.847,92	1.502.727,78
9.	Erträge aus Verlustübernahme		-	-
10.	Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-	-
			-	-
11.	Jahresüberschuss		3.500.000,00	3.000.000,00
12.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		-	-
13.	Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-	-
	Davon: Entnahmen aus der Rücklage gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 5 VAG:	- € (VJ: - €)		
14.	Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a)	aus der gesetzlichen Rücklage		-	-
b)	aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-	-
c)	aus satzungsmäßige Rücklagen		-	-
d)	aus anderen Gewinnrücklagen		-	-
			-	-
15.	Entnahmen aus Genussrechtskapital		-	-
16.	Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a)	in die gesetzliche Rücklage		-	-
b)	in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-	-
c)	in satzungsmäßige Rücklagen		-	-
d)	in andere Gewinnrücklagen		-	-
			-	-
17.	Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		-	-
18.	Bilanzgewinn		3.500.000,00	3.000.000,00

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2025 der CHEMIE Pensionsfonds AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Pensionsfonds (RechPensV) sowie weiteren einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und Rechtsverordnungen aufgestellt.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den nachfolgend aufgeführten Positionen bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden mit fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wurde auf den beizulegenden Wert abgeschrieben. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- oder Umlaufvermögen nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den beizulegenden Wert bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen wurden zum Zeitwert bilanziert.

Das **Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** wurde in Höhe des Rücknahmepreises mit dem Zeitwert bilanziert.

Der Ansatz der **übrigen Aktiva** erfolgte mit dem Nennwert.

Aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Wertansätze bei folgenden Posten ergaben sich zum 31. Dezember 2025 ausschließlich **Aktive latente Steuern**:

- › Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- › Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle
- › Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftunterlagen

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgte mit dem sich zukünftig verringernden Körperschaftsteuersatz und damit mit den folgenden Steuersätzen:

- › Abweichung bei den Wertansätzen: 26,65 %

Aktive latente Steuern wurden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB zum 31. Dezember 2025 nicht bilanziert.

Die **Brutto-Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Pensionsfondsgeschäft** wurden zeitanteilig für im Geschäftsjahr eingegangene Beitragseinnahmen gebildet, sofern diese künftige Berichtsperioden betreffen und übertragungsfähig waren.

Die **Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Pensionsfondsgeschäft** wurde für jeden Versorgungsvertrag prinzipiell einzeln und prospektiv berechnet, soweit die garantierte Mindestleistung aus der Beitragszusage und die Deckungsrückstellung für Versorgungsempfänger betroffen sind.

Gemäß der Verordnung betreffend die Aufsicht über Pensionsfonds (PFAV) wurden für Verträge mit einem Rechnungszins oberhalb des Referenzzinssatzes von 1,57 % Zinszusatzrückstellungen ermittelt.

Die Deckungsrückstellung betrifft ferner die Verpflichtung des Pensionsfonds aus der optionalen Erwerbsminderungszusatzrente. Die Deckungsrückstellung wurde für jeden Versorgungsberechtigten, der von der Option Gebrauch gemacht hat, einzeln und prospektiv gerechnet.

Bei den beitragsbezogenen Pensionsplänen wurde der Teil des Beitrags, der nicht zur Finanzierung der garantierten Mindestleistung benötigt wird, zum Aufbau eines zusätzlichen Versorgungskapitals verwendet. Das Risiko für die Anlage des zusätzlichen Versorgungskapitals wird von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen.

Die Deckungsrückstellung für das zusätzliche Versorgungskapital wurde für jedes Versorgungsverhältnis einzeln retrospektiv ermittelt, in Anteileneinheiten geführt und beinhaltet auch die Verwaltungskosten für beitragsfreie Zeiten bei beitragsfrei gestellten Verträgen und Verträgen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer. Dabei werden die Verwaltungskosten jährlich dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entnommen.

Nach den im Pensionsplan getroffenen Regelungen zur Bildung von Vermögen aus den geleisteten Beiträgen in Verbindung mit § 17 Abs. 2 RechPensV sind die Zinszusatzrückstellungen unter den Pensionsfondstechnischen **Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** im Passivposten E.I. auszuweisen, soweit das dem entsprechenden Vertrag zugeordnete zusätzliche Versorgungskapital mindestens der für diesen Vertrag zu stellenden Zinszusatzrückstellungen entspricht. Falls die Zinszusatzrückstellungen eines Vertrags das zugehörige zusätzliche Versorgungskapital übersteigen, ist in Höhe der Differenz eine Deckungsrückstellung unter den Pensionsfondstechnischen Rückstellungen im Passivposten D.II. zu bilden.

Seit Ende 2012 werden unternehmensindividuelle Unisextafeln verwendet. Deren Angemessenheit wird laufend überprüft, bei Bedarf wird für Teilbestände die Deckungsrückstellung zusätzlich verstärkt.

Die Deckungsrückstellung der auf Basis des § 236 Abs. 2 VAG kalkulierten leistungsbezogenen Pensionspläne entspricht dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, welches in separaten Anlagestücken geführt wird.

Das Vermögen wurde aus geleisteten einmaligen Einlöschungsbeträgen entsprechend dem zugrundeliegenden Pensionsplan gebildet. Danach sind die Einlöschungsbeträge so kalkuliert, dass die prospektiv bewerteten Verpflichtungen aus den Leistungszusagen für Anwärter und Rentner mit den Rechnungsgrundlagen zu Beginn der Zusage finanziert sind. Die Einlöschungsbeträge wurden unter Anwendung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen auf Basis eines besten Schätzwertes und Einbeziehung von Sicherheitsspannen ermittelt.

Die **Deckungsrückstellung der reinen Beitragszusagen** nach § 1 Abs. 2 Nr. 2a des Betriebsrentengesetz wird gemäß § 35 PFAV ermittelt und ist unter dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Passivposten E.I. auszuweisen.

In der Ansparphase entspricht die Deckungsrückstellung dem Zeitwert des vorhandenen individuellen Versorgungskapitals, welches aus den gezahlten Beiträgen und den erzielten Erträgen gebildet wird.

In der Rentenbezugszeit wird die Deckungsrückstellung nach der retrospektiven Methode ermittelt, wobei sie zum

Rentenbeginn dem vorhandenen individuellen Versorgungskapital entspricht, welches dann in das kollektive Rentnervermögen übertragen wird. In der Rentenbezugszeit entspricht die Deckungsrückstellung dem Zeitwert des kollektiven Rentnervermögens.

Durch tariflich geregelte Beiträge des Vertragsunternehmens wird eine zusätzliche Deckungsrückstellung, der Sicherungsbeitragspuffer, gebildet. Dieser wird ebenfalls nach dem Zeitwert bewertet.

Alle einzelvertraglichen Berechnungen erfolgten in dem Umfang, in dem den Verträgen die Beiträge zugeordnet waren. Darüber hinaus erfolgte für Beiträge, die noch nicht den Verträgen zugeordnet waren, eine Bewertung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Struktur des Bestandes.

Die Ermittlung der **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle** erfolgte individuell. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Die **Steuerrückstellungen** sowie die **Sonstigen Rückstellungen** sind nach § 253 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt und, soweit die Laufzeit der sonstigen Rückstellungen mehr als ein Jahr beträgt, abgezinst. Der jeweilige Zinssatz wurde auf Basis des von der Bundesbank für Oktober 2025 veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatzes der letzten sieben Jahre auf das Jahresende hochgerechnet.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Berechnungsgrundlagen zu den pensionsfondstechnischen Rückstellungen der Posten D. und E.

2025

	Pensionsfondsbestand	Rechnungszins	Ausscheideordnung
Pensionsplan C	Neuzugänge bis 31. Dezember 2012	1,75 % - 3,25 %	DAV 1994 R M/F und Richttafeln 1998 von K. Heubeck
	Neuzugänge ab 1. Januar 2013	0,25 % - 1,75 %	Unisex tafeln auf Basis DAV 2004 R und Richttafeln 1998 von K. Heubeck
Pensionsplan C Erwerbsminderungs-Zusatzversorgung	Neuzugänge bis 31. Dezember 2012	1,75 % - 3,25 %	GEFRe 2001 VEM
	Neuzugänge ab 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2021	0,25 % - 1,75%	Unisex tafeln auf Basis DAV 1998 E
Pensionsplan CSL2, Variante 2		2,85 %	DAV 1994 R M/F mod. DAV 1997 I mod. und DAV 1994 T
Pensionsplan SPM	Neuzugänge ab 1. Dezember 2022	Die Deckungsrückstellung entspricht dem Zeitwert des Sicherungsvermögens.	

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2025

	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge
	Euro	in %	Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-		-
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-		-
III. Geschäfts- oder Firmenwert	-		-
IV. Geleistete Anzahlungen	-		-
Summe A.	-		-
B. Kapitalanlagen			
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	-	-	-
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.020.714,68	-	28.676,04
3. Beteiligungen	-	-	-
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-	-
5. Summe B. II.	4.020.714,68	-	28.676,04
B. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	658.643.980,26	-	101.950.592,59
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	-	-	-
4. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	300.819.107,44	31,2	5.735.683,64
5. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	-	-	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	-	-	-
c) Übrige Ausleihungen	-	-	-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	-	-	-
6. Andere Kapitalanlagen	-	-	-
7. Summe B. III.	959.463.087,70	99,6	107.686.276,23
Summe B.	963.483.802,38	100,0	107.714.952,27
Insgesamt	963.483.802,38		107.714.952,27

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	in %
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	80,42	-	-	4.049.310,30	0,4
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	80,42	-	-	4.049.310,30	0,4
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	3.215.498,17	-	-	757.379.074,68	73,1
-	-	-	-	-	-
-	31.893.338,45	-	-	274.661.452,63	26,5
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	35.108.836,62	-	-	1.032.040.527,31	99,6
-	35.108.917,04	-	-	1.036.089.837,61	100,0
-	35.108.917,04	-	-	1.036.089.837,61	

Entwicklung der Aktivposten C. I. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2025

	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge
	Euro	in %	Euro
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	-	-	-
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.316.063,56	1,5	-
3. Beteiligungen	-	-	-
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-	-
5. Summe II.	6.316.063,56	1,5	-
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	404.780.110,02	98,5	372.680.182,13
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-	-	-
4. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	-	-	-
5. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	-	-	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	-	-	-
c) Übrige Ausleihungen	-	-	-
6. Einlagen bei Kreditinstituten	-	-	-
7. Andere Kapitalanlagen	-	-	-
8. Summe III.	404.780.110,02	98,5	372.680.182,13
Insgesamt	411.096.173,58	100,0	372.680.182,13

Umbuchungen	Abgänge	nicht realisierte Gewinne	nicht realisierte Verluste	Bilanzwerte Geschäftsjahr	
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	in %
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	233.714,01	-	-	6.082.349,55	1,4
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	233.714,01	-	-	6.082.349,55	1,4
-	-	-	-	-	-
-	367.323.120,89	15.176.630,12	11,64	425.313.789,74	98,6
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	367.323.120,89	15.176.630,12	11,64	425.313.789,74	98,6
-	-	-	-	-	-
-	367.556.834,90	15.176.630,12	11,64	431.396.139,29	100,0

B. Kapitalanlagen

in Tsd. Euro	31.12.2025		
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.049	4.046	-3
III. Sonstige Kapitalanlagen			
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	757.379	730.165	-27.214
4. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	274.661	274.661	-
	1.036.090	1.008.872	-27.218

Für die Ermittlung der Zeitwerte börsennotierter Wertpapiere wurden grundsätzlich die Börsenkurse oder Rücknahmepreise vom letzten Handelstag verwendet.

Bei Rententiteln ohne regelmäßige Kursversorgung über Börsen wurde eine synthetische Marktwertermittlung anhand der Discounted Cashflow Methode vorgenommen oder auf modellbasierte Kurse von spezialisierten Datenanbietern zurückgegriffen.

Als Zeitwert der Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen wurde der Liquidationswert angesetzt. Bewertungsreserven bestehen nicht.

Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet wurden, entsprechen diese den Bestimmungen des § 36 RechPensV.

Gemäß § 341b Abs. 2 HGB sind 761,4 Mio. Euro Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dies beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2025 positive Bewertungsreserven von 5,8 Mio. EUR und negative Bewertungsreserven von 33,0 Mio. EUR.

Die Bewertungsreserven der gesamten Kapitalanlagen belaufen sich auf -27,2 Mio. Euro, was einer Reservequote von -2,6 % entspricht.

B. III. 4. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen

Auf Verträge bei verbundenen Unternehmen entfallen 274.661.452,63 Euro (2024: 300.819.107,44 Euro).

C. I. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

in Euro	31.12.2025
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.082.349,55
Aktien, Anteile und Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	425.313.789,74
	431.396.139,29

E. III. Andere Vermögensgegenstände

in Euro	31.12.2025
Vorausgezahlte Renten	478.945,88
Vorausgezahlte Betriebskosten	242,19
Übrige Vermögensgegenstände	75,66
Saldo	479.263,73

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

in Euro	31.12.2025
Das gezeichnete Kapital ist in 3.000.000 nennwertlose Stückaktien (Inhaberaktien) eingeteilt.	
Stand am 31. Dezember	3.000.000,00

Das gezeichnete Kapital ist unverändert gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2024.

Die R+V Personen Holding GmbH, Wiesbaden, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass sie mehrheitlich an der CHEMIE Pensionsfonds AG beteiligt ist.

Die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, und die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, haben gemäß §§ 20 Abs. 4, 21 Abs. 2 AktG ihre mittelbare Mehrheitsbeteiligung mitgeteilt.

A. II. Kapitalrücklage

in Euro	31.12.2025
Stand am 31. Dezember	10.189.786,04

Die Kapitalrücklage ist unverändert gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2024.

A. III. 4. Andere Gewinnrücklagen

in Euro	31.12.2025
Stand am 1. Januar	19.328.057,20
Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2024 gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2025	2.000.000,00
Stand am 31. Dezember	21.328.057,20

D. II. Deckungsrückstellung

in Euro	31.12.2025
Beitragsbezogene Pensionspläne	1.022.446.393,48
Leistungsbezogene Pensionspläne	25.000,00
	1.022.471.393,48

Zum 31. Dezember 2025 enthält die Deckungsrückstellung einen Anteil an Zinszusatzrückstellungen in Höhe von 11,2 Mio. Euro (2024: 9,5 Mio. Euro).

D. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

in Euro	31.12.2025
Stand am 1. Januar	15.186.732,21
Entnahmen:	3.544.606,76
Zuweisungen:	6.984.512,53
Stand am 31. Dezember	18.626.637,98
Davon entfallen auf:	
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschüsse	4.549.960,62
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	-
den Fonds für Schlussüberschussanteile	-

E. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

in Euro	31.12.2025
Beitragsbezogene Pensionspläne	426.398.423,87
Leistungsbezogene Pensionspläne	4.997.715,42
	431.396.139,29

Die Deckungsrückstellung gemäß § 17 Abs. 2 RechPensV beträgt für beitragsbezogene Pensionspläne 47,2 Mio. Euro und für leistungsorientierte Pensionspläne gemäß § 236 Abs. 2 VAG liegt sie bei 4,3 Mio. Euro.

F. III. Sonstige Rückstellungen

in Euro	31.12.2025
Jahresabschluss	13.237,56
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	5.000,00
Depotgebühren	80.000,00
	98.237,56

Sonstige Bemerkungen

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

in Euro	2025	2024
Beiträge nach Zahlungsweise		
Laufende Beiträge	83.172.723,94	76.670.669,57
Einmalbeiträge	3.174.783,73	2.760.569,92
	86.347.507,67	79.431.239,49
Beiträge nach Art der Gewinnbeteiligung		
Verträge ohne Gewinnbeteiligung	-	-
Verträge mit Gewinnbeteiligung	86.347.507,67	79.431.239,49
	86.347.507,67	79.431.239,49
Beiträge nach Art der Pensionspläne		
Verträge mit beitragsbezogenen Pensionsplänen	86.347.507,67	79.431.239,49
Verträge mit leistungsbezogenen Pensionsplänen	-	-
	86.347.507,67	79.431.239,49

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 32.020,37 Euro zugunsten des Rückversicherers (2024: 78.037,14 Euro).

I. 3. Erträge aus Kapitalanlagen

in Euro	2025	2024
Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten B.)	28.951.565,98	26.176.169,92
davon aus Verträgen bei Lebensversicherungsunternehmen	5.735.683,64	5.711.386,18
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C. I.)	8.562.995,55	12.355.867,63
davon aus Verträgen bei Lebensversicherungsunternehmen	-	-
	37.514.561,53	38.532.037,55

I. 6. Aufwendungen für Versorgungsfälle für eigene Rechnung

in Euro	2025	2024
Renten und sonstige Versorgungsfälle	37.084.845,26	34.890.673,24
Rückkäufe und Übertragungen	2.833.943,90	2.360.557,24
Netto-Aufwendungen	39.918.789,16	37.251.230,48

I. 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

in Euro	2025	2024
Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten B.)	456.347,98	499.427,58
davon aus Verträgen bei Lebensversicherungsunternehmen	109.703,74	123.374,72
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C. I.)	10.276.545,68	4.053.718,98
davon aus Verträgen bei Lebensversicherungsunternehmen	-	-
	10.732.893,66	4.553.146,56

I. 12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Der Posten enthält Aufwendungen für Beiträge an den Pensionssicherungsverein in Höhe von 113.946,21 Euro (2024: 37.982,07 Euro).

II. 1. Sonstige Erträge

in Euro	2025	2024
Zinserträge	292.317,31	255.711,54
Auflösung von anderen Rückstellungen	11.828,54	2.476,00
Übrige Erträge	3.075,68	3.543,31
	307.221,53	261.730,85

II. 2. Sonstige Aufwendungen

in Euro	2025	2024
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	478.930,60	470.438,67
Sonstige Zinsaufwendungen	16.489,95	14.595,08
Übrige Aufwendungen	139.890,74	144.137,72
	635.311,29	629.171,47

Sonstige Anhangangaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

in Euro	2025	2024
1. Provisionen jeglicher Art der Vertreter	477.069,82	408.256,17
2. Sonstige Bezüge der Vertreter	-	-
3. Löhne und Gehälter	-	-
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-	-
6. Aufwendungen insgesamt	477.069,82	408.256,17

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Für Mitglieder des Vorstands fielen 2025 keine Bezüge in der CHEMIE Pensionsfonds AG an. An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr Bezüge von 30.797,26 Euro gezahlt.

Angaben zu Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Es bestehen keine aus dem Jahresabschluss nicht ersichtlichen Verbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB. Angaben zu nahe stehenden Personen und Unternehmen.

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahe stehenden Personen und Unternehmen getätigt worden.

Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand (netto) erfasst:

in Euro	2025
Abschlussprüfungsleistungen	55.620,00

Abschlussprüfer der CHEMIE Pensionsfonds AG ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Angaben zur Identität der Gesellschaft und zum Konzernabschluss

Die CHEMIE Pensionsfonds AG mit Sitz in Wiesbaden und der Geschäftsanschrift Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden, ist beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 31192 eingetragen. Der Jahresabschluss der CHEMIE Pensionsfonds AG wird in den Konzernabschluss der R+V Versicherung AG, Wiesbaden, einbezogen. Dieser wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Der Konzernabschluss der R+V Versicherung AG wird als Teilkonzern in den übergeordneten Konzernabschluss der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, einbezogen. Dieser wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Angaben zur globalen Mindestbesteuerung (Pillar 2)

Die CHEMIE Pensionsfonds AG ist Teil der DZ BANK Gruppe. Die DZ BANK Gruppe fällt in den Geltungsbereich der erlassenen oder materiellrechtlich umgesetzten Rechtsvorschriften zur globalen Mindestbesteuerung (Global Anti-Base Erosion Rules Pillar Two (GloBE-Vorschriften zur weltweiten Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung zweite Säule)). In Deutschland erfolgte die Umsetzung im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung durch das Mindeststeuergesetz.

Das Gesetz trat am 28. Dezember 2023 in Kraft und gilt für nach dem 30. Dezember 2023 beginnende Wirtschaftsjahre.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig beeinflussen würden.

Die CHEMIE Pensionsfonds AG ist Teil der Mindeststeuergruppe gemäß § 3 Abs. 1 MinStG mit der DZ BANK AG als oberste Muttergesellschaft und Gruppenträger. Der Gruppenträger schuldet die Mindeststeuer nach dem MinStG und hat den Mindeststeuer-Bericht sowie die entsprechende Steuererklärung im Inland abzugeben.

Für das Geschäftsjahr 2025 ergab sich für die CHEMIE Pensionsfonds AG nach dem Mindeststeuergesetz und ausländischen Mindeststeuergesetzen kein tatsächlicher Steueraufwand oder Steuerertrag.

Gewinnverwendungsvorschlag

in Euro	2025
Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres beträgt	3.500.000,00
Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:	
Ausschüttung einer Dividende von einem Drittel Euro je Stückaktie auf 3.000.000 Stück	1.000.000,00
Einstellung in Gewinnrücklage	2.500.000,00

Aufsichtsrat

Mathias Schöttke Vorsitzender		Hauptgeschäftsführer, Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC)
Oliver Heinrich Stellv. Vorsitzender		Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand, IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Dr. Klaus-Peter Stiller	seit 14.05.2025	Hauptgeschäftsführer / Mitglied des Vorstands, Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC)
Claudia Andersch	bis 31.07.2025	Mitglied des Vorstands, R+V Versicherung AG
Christian Jungvogel		Abteilungsleiter Tarifpolitik, IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Marc René Michallet		Mitglied des Vorstands, R+V Versicherung AG
Volker Buchem	ab 01.08.2025	Mitglied des Aufsichtsrats, R+V Versicherung AG

Vorstand

Claudia Andersch	seit 01.08.2025	Vorstandssprecherin
Rüdiger Bach	bis 31.12.2025	Betriebliche Altersvorsorge/Firmenkunden
Lars Golata	seit 01.01.2026	Betriebliche Altersvorsorge/Firmenkunden
Timm Höynck		Investmentmanagement
Dragica Mischler	seit 01.08.2025	Finanzen und Risikomanagement

Verantwortliche(r) Aktuar(in)

Dirk Stötzel	bis 31.05.2025
Susanne Demski	ab 01.06.2025

Treuhänderin

Helga Lau-Buschner

Wiesbaden, 3. März 2026

Der Vorstand

Andersch

Golatka

Höynck

Mischler

Überschussdeklaration

A Beitragsbezogener Pensionsplan C

A.1 Aufschiebzeit

A.1.1 Beitragszusage mit Mindestleistung

Für Verträge oder Vertragsteile der unten aufgeführten Überschussverbände werden folgende Zinsüberschüsse für die garantierte Mindestleistung der Versorgungsanwärter zum 1. Januar 2026 zugeteilt. Der Überschussanteil

wird zum ersten Börsentag des Jahres 2026 im zusätzlichen Versorgungskapital angelegt.

Überschussverband	Aufschiebzeit
	Zinsüberschuss
	in % der überschussberechtigten Deckungsrückstellung ¹⁾
CI0CH mit Rechnungszins 3,25 %	0,0000
CI1CH mit Rechnungszins 2,75 %	0,0000
CI2CH mit Rechnungszins 2,25 %	0,0000
CI3CH mit Rechnungszins 1,75 %	0,5000
CI4CH mit Rechnungszins 1,75 %	0,5000
CI5CH mit Rechnungszins 1,25 %	1,0000
CI6CH mit Rechnungszins 0,90 %	1,3500
CI7CH mit Rechnungszins 0,90 %	1,3500
CI8CH mit Rechnungszins 0,35 %	1,9000
CI9CH1 mit Rechnungszins 0,25 %	2,0000
CI9CH2 mit Rechnungszins 0,25 %	2,0000
CI9CH3 mit Rechnungszins 0,25 %	2,0000
CI10CH1 mit Rechnungszins 1,00 %	1,2500
CI10CH2 mit Rechnungszins 1,00 %	1,2500
CI10CH3 mit Rechnungszins 1,00 %	1,2500

¹⁾ Die überschussberechtigten Deckungsrückstellung für die garantierte Mindestleistung ist ein Zwölftel der im Geschäftsjahr 2025 jeweils am fünften eines Monats vorhandenen Deckungsrückstellung für die garantierte Mindestleistung.

A.1.2 Beitragsorientierte Leistungszusage

Für Verträge oder Vertragsteile der unten aufgeführten Überschussverbände werden folgende Zinsüberschüsse für die garantierte Mindestleistung der Versorgungsanwärter zum 1. Januar 2026 zugeteilt. Der Überschussanteil

wird zum ersten Börsentag des Jahres 2026 im zusätzlichen Versorgungskapital angelegt.

Überschussverband	Aufschubzeit
	Zinsüberschuss
	in % der überschussberechtigten Deckungsrückstellung
CI9CH mit Rechnungszins 0,25 %	2,0000

A.2 Rentenbezug

Für Verträge oder Vertragsteile der unten aufgeführten Überschussverbände werden folgende Zinsüberschüsse für Leistungsbezieher zum 1. Januar 2026 zugeteilt.

Überschussverband	Rentenbezug
	Zinsüberschuss
	in % der überschussberechtigten Deckungsrückstellung ¹⁾
CI0CRg mit Rechnungszins 3,25 %	0,00
CI0CRgU mit Rechnungszins 3,25 %	0,00
CI1CRg mit Rechnungszins 2,75 %	0,00
CI1CRgU mit Rechnungszins 2,75 %	0,00
CI2CRg mit Rechnungszins 2,25 %	0,00
CI2CRgU mit Rechnungszins 2,25 %	0,00
CI3CRg mit Rechnungszins 1,75 %	0,50
CI3CRgU mit Rechnungszins 1,75 %	0,50
CI4CRg mit Rechnungszins 1,75 %	0,50
CI5CRg mit Rechnungszins 1,25 %	1,00
CI6CRg mit Rechnungszins 0,90 %	1,35
CI7CRg mit Rechnungszins 0,25 %	2,00
CI8CRg mit Rechnungszins 1,00 %	1,25

¹⁾ Die überschussberechtigte Deckungsrückstellung ist die Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2025.

A.3 Erwerbsminderungs-Zusatzversorgung

A.3.1 Überschussbeteiligung vor Bezug einer Erwerbsminderungsrente

Überschussverband	Überschussbeteiligung vor Bezug einer Erwerbsminderungsrente
	in % der in 2025 gezahlten Beiträge
I0CE mit Rechnungszins 3,25 %	0,00
I1CE mit Rechnungszins 2,75 %	0,00
I2CE mit Rechnungszins 2,25 %	0,00
I3CE mit Rechnungszins 1,75 %	0,00
I4CE mit Rechnungszins 1,75 %	0,00
I5CE mit Rechnungszins 1,25 %	0,00
I6CE mit Rechnungszins 0,90 %	0,00
I7CE mit Rechnungszins 0,25 %	0,00

A.3.2 Überschussbeteiligung bei Bezug einer Erwerbsminderungsrente

Für Verträge oder Vertragsteile der unten aufgeführten Überschussverbände werden folgende Zinsüberschüsse für Leistungsbezieher zum 1. Januar 2026 zugeteilt.

Überschussverband	Überschussbeteiligung bei Bezug einer Erwerbsminderungsrente
	Zinsüberschuss
	in % der überschussberechtigten Deckungsrückstellung ¹⁾
I0CE mit Rechnungszins 3,25 %	0,00
I1CE mit Rechnungszins 2,75 %	0,00
I2CE mit Rechnungszins 2,25 %	0,00
I3CE mit Rechnungszins 1,75 %	0,50
I4CE mit Rechnungszins 1,75 %	0,50
I5CE mit Rechnungszins 1,25 %	1,00
I6CE mit Rechnungszins 0,90 %	1,35
I7CE mit Rechnungszins 0,25 %	2,00

¹⁾ Die überschussberechtigten Deckungsrückstellung ist die Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2025.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die CHEMIE Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Wiesbaden

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der CHEMIE Pensionsfonds AG, Wiesbaden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der CHEMIE Pensionsfonds AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- › vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“

unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen alle übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- › wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- › anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertrags-

lage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der

Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- › identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- › erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen

der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- › beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- › ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- › beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- › beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 17. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack

ppa. Steffen Wohn

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025 bei seiner Arbeit berücksichtigt.

Die Lage der Versicherungswirtschaft war von den konjunkturellen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa geprägt.

Organisation des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend überwacht und beratend begleitet sowie über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte entschieden. Die Überwachung des Aufsichtsrats bezog sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie des Internen Kontrollsystems und des Internen Revisionssystems.

Bei Bedarf werden für die Aufsichtsratsmitglieder interne Informationsveranstaltungen zu den Themen Risikomanagement und Solvency II, Rechtsfragen der Aufsichtsratsstätigkeit, Kapitalanlage von Versicherungsunternehmen und Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen durchgeführt.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich Bericht erstattet. Dies erfolgte in den Aufsichtsratssitzungen und durch vierteljährliche schriftliche Berichte des Vorstands. Der Aufsichtsrat wurde dabei durch den Vorstand regelmäßig detailliert über den Geschäftsverlauf sowie die Risikosituation der Gesellschaft informiert.

Der Aufsichtsrat hat die genannten Themen mit dem Vorstand erörtert und sich dabei intensiv mit den regulatorischen Rahmenbedingungen auseinandergesetzt. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung und bei zustimmungsbedürftigen Geschäften war der Aufsichtsrat stets eingebunden.

Darüber hinaus wurden durch den Sprecher des Vorstands mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats auch au-

ßerhalb der Sitzungen vorab wesentliche wichtige Entscheidungen und wesentliche Geschäftsentwicklungen erörtert.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2025 haben zwei Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden, zu denen der Aufsichtsrat am 14. Mai 2025 sowie am 2. Dezember 2025 zusammentrat. In den Sitzungen hat der Aufsichtsrat mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert.

Beschlussfassungen im Wege des Umlaufverfahrens erfolgten im Geschäftsjahr 2025 in zwei Fällen durch das Gesamtgremium des Aufsichtsrats.

Beratungen im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat sich im Rahmen seiner Tätigkeit detailliert mit der wirtschaftlichen Lage der CHEMIE Pensionsfonds AG, der Unternehmensplanung und -perspektive sowie wesentlichen Finanzkennzahlen auseinandergesetzt. Schwerpunkte der Erörterungen bildeten die Rahmenbedingungen der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) mit den hieraus resultierenden Chancen und Risiken im Allgemeinen und die Geschäftsentwicklung der CHEMIE Pensionsfonds AG im Speziellen. Der Aufsichtsrat hat sich in diesem Zusammenhang intensiv mit den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch das hohe Leitzinsniveau, die Transformation der Wirtschaft infolge der Klimaschutzgesetzgebung, die Auswirkungen der US-Handelspolitik mit im historischen Vergleich sehr hohen Zöllen sowie den schwachen Konjunkturaussichten auseinandergesetzt.

Der Aufsichtsrat hat die Auswirkungen der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Entwicklung in den einzelnen Geschäftsfeldern und die Erwartungen für den weiteren Verlauf im Einzelnen erörtert. Dies umfasste in Bezug auf die Erstversicherung der R+V Gruppe, das Geschäftsfelds bAV und der CHEMIE Pensionsfonds AG die Entwicklung der Neubeiträge, der gebuchten Beiträge, der Einmalbeiträge, der laufenden Beiträge, der Produktion, der Marktanteile und die Erwartungswerte. Weiterer Gegenstand der Beratungen waren die Partizipation an der Entwicklung des ChemieVersorgungswerks als Branchenversorgungswerk und die Verarbeitung des Jahresendgeschäfts. Ferner befasste sich der Aufsichtsrat mit

der Entwicklung und der Bewerbung des Sozialpartnernmodells für die Chemiebranche und des Angebots beitragsorientierter Leistungszusagen (boLZ) sowie dem Aufwand für die Dotierung der Zinszusatzrückstellungen. Der Aufsichtsrat beschäftigte sich ferner dem kontinuierlichen Ausbau der IT-Automatisierung durch Modernisierung der eingesetzten Portale als Plattformen zur Vertragsverwaltung und Bestandsführung zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit. Der Aufsichtsrat hat sich zudem mit den Markt- und Branchenentwicklungen sowie den rechtlichen Rahmenbedingungen der bAV mit dem Ziel einer Erhöhung des Durchdringungsgrades der bAV und einer Ausweitung der Sozialpartnernmodelle für nicht tarifgebundene Unternehmen auseinandergesetzt. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Risikoberichterstattung, die die Risikotragfähigkeit im Hinblick auf die Solvenzquoten, die Risikostrategie, die Risikoexposition nach Risikoarten und die gesamthafte Risikobewertung umfasste. Der Aufsichtsrat hat in diesem Zusammenhang auch die durchgeführten Prognoserechnungen entsprechend den Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie die eigene Risikobeurteilung (ERB) der CHEMIE Pensionsfonds AG im ERB-Bericht erörtert. Im Zusammenhang mit den Kapitalanlagen befasste sich der Aufsichtsrat mit der Kapitalmarktentwicklung, dem makroökonomischen Umfeld, der Entwicklung der Inflation, den Auswirkungen der Geldpolitik der Notenbanken und den Konjunkturprognosen. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit der Entwicklung der Kapitalanlagen der CHEMIE Pensionsfonds AG in den für die einzelnen Pensionspläne geführten Sicherungsvermögen und der Kapitalanlagestrategie auseinandergesetzt.

Im Zusammenhang mit Vorstandsangelegenheiten hat sich der Aufsichtsrat mit der Bestellung von drei neuen Mitgliedern des Vorstands beschäftigt sowie die Umbesetzung der Position der Sprecherin des Vorstands vorgenommen.

Im Zusammenhang mit Aufsichtsratsangelegenheiten hat der Aufsichtsrat die notwendigen Beschlussvorschläge gegenüber der ordentlichen Hauptversammlung am 14. Mai 2025 und einer außerordentlichen Hauptversammlung am 21. Juli 2025 abgegeben. Dies umfasste die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2024, die Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2025 und die Zuwahl von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrats. Ferner hat der Aufsichtsrat entsprechend den regulatorischen Vorgaben die Mandatierung des Abschlussprüfers mit Nichtprüfungsleistungen im Geschäftsjahr 2024 erörtert und eine Änderung der Leitlinien zur Beauftragung von

Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers ab 2026 beschlossen. Zudem hat der Aufsichtsrat die Qualität des Abschlussprüfers anhand seiner Leitlinien zur Überwachung der Qualität der Abschlussprüfung beurteilt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den in der operativen Planung 2026 enthaltenen Primärkosten sowie der Kapitalanlagestrategie für die einzelnen Sicherungsvermögen zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat ferner die regulatorisch notwendige Selbstevaluation vorgenommen und daraus abgeleitet einen Entwicklungsplan erstellt. Der Aufsichtsrat hat ferner die Beauftragung des von der Hauptversammlung bestellten Abschlussprüfers des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2025 vorgenommen.

Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer

Der Aufsichtsrat hat den Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ausgewählt. Der Aufsichtsrat hat fortlaufend die Unabhängigkeit und die Prüfungsqualität des Abschlussprüfers überwacht.

Der Abschlussprüfer hat den durch den Vorstand vorgelegten Jahresabschluss der CHEMIE Pensionsfonds AG unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden. Der Abschlussprüfer hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrats zugegangen und wurde in der Sitzung umfassend erörtert und beraten. Der Aufsichtsrat stimmt dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zu.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 eingehend geprüft.

An der Sitzung des Aufsichtsrats am 28. April 2026 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil, um über die wesentlichen Prüfungsergebnisse zu berichten. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, vor. Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Prüfungsbericht sowie die Prüfungsschwerpunkte, nämlich die Bewertung der pensionsfondstechnischen Rückstellungen und die Bewertung der Kapitalanlagen wurden erörtert. Die Vertreter des Abschlussprüfers standen den Mitgliedern des Aufsichtsrats für zusätzliche Erläuterungen zur Verfügung.

Der Verantwortliche Aktuar nahm an der Sitzung des Aufsichtsrats, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, teil. Er berichtete über die wesentlichen Ergebnisse des gegenüber dem Vorstand abgegebenen Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung, die uneingeschränkt erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat keine Einwendungen gegen den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars erhoben.

Der Aufsichtsrat hat gegen den von dem Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 keine Einwendungen erhoben und sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025 wurde durch den Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. April 2026 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Mit dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat einverstanden erklärt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden geprüft.

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhoben.

Veränderungen im Vorstand

Herr Rüdiger Bach hat mit Wirkung zum 31. Juli 2025 sein Amt als Sprecher des Vorstands zunächst unter Beibehaltung seines Amtes als Mitglied des Vorstands niedergelegt.

Mit Wirkung zum 1. August 2025 hat der Aufsichtsrat am 20. Juli 2025 im Wege des Umlaufbeschlusses Frau Claudia Andersch als Mitglied und Sprecherin des Vorstands für eine Bestellungsperiode bis zum 31. Juli 2030 bestellt.

Ebenfalls mit Wirkung zum 1. August 2025 hat der Aufsichtsrat am 20. Juli 2025 im Wege des Umlaufbeschlusses Frau Dragica Mischler als Mitglied des Vorstands für eine Bestellungsperiode bis zum 31. März 2030 bestellt.

Darüber hinaus hat Herr Rüdiger Bach mit Wirkung zum 31. Dezember 2025 sein Mandat als Mitglied des Vorstands wegen Eintritts in den Ruhestand niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2025 Herrn Lars Golatka mit Wirkung zum 1. Januar 2026 mit einer Bestellungsperiode bis zum 31. Dezember 2030.

Veränderungen im Aufsichtsrat

Herr Jürgen Sauerwald hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats wegen seines Eintritts in den Ruhestand mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2024 niedergelegt. Die ordentliche Hauptversammlung hat in Nachfolge von Herrn Sauerwald am 14. Mai 2025 Herrn Dr. Klaus-Peter Stiller mit sofortiger Wirkung als Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Frau Claudia Andersch hat ihr Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats mit Wirkung zum Ablauf des 31. Juli 2025 niedergelegt, um fortan als Mitglied und Sprecherin des Vorstands fungieren zu können.

Die außerordentliche Hauptversammlung hat am 21. Juli 2025 mit Wirkung ab 1. August 2025 Herrn Volker Buchem in Nachfolge von Frau Andersch dem Aufsichtsrat zugewählt.

Dank an Vorstand und Mitarbeitende

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V Gruppe für die im Jahr 2025 geleistete Arbeit.

Wiesbaden, 28. April 2026

Der Aufsichtsrat

Schöttke
– Vorsitzender –

Heinrich
– Stellv. Vorsitzender –

Buchem

Jungvogel

Michallet

Dr. Stiller

Sonstige Offenlegungen

Berichterstattung im Sinne der Offenlegungsverordnung in Verbindung mit der Taxonomieverordnung

Zur Erfüllung der Vorgaben gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/2088 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor vom 27. November 2019 (Offenlegungs-VO) veröffentlicht die R+V Informationen auf ihrer Internetseite zu ihren Strategien zur Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken bei ihren Investitionsentscheidungsprozessen.

Die R+V managt diese Risiken in ihrer Kapitalanlage mit einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei verfolgt die R+V einen ganzheitlichen Ansatz im Sinne einer ESG-Integration. Das heißt, dass wesentliche Nachhaltigkeitskriterien im Investmententscheidungsprozess berücksichtigt werden. Somit werden nicht nur Nachhaltigkeitsrisiken gemanagt, sondern zugleich etwaige Nachhaltigkeitschancen beleuchtet und im Investmentprozess in Betracht gezogen.

Zur Erfüllung der Vorgaben gemäß Artikel 4 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2019/2088 veröffentlicht die R+V auf ihrer Internetseite Informationen darüber, ob sie bei Investitionsentscheidungen die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt.

Die R+V bekennt sich klar zum Global Compact der Vereinten Nationen (UNGC). Bei dieser weltweiten Initiative verpflichten sich Unternehmen, ihr Handeln an zehn sozialen und ökologischen Prinzipien auszurichten. Dazu zählen unter anderem die Achtung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten, das Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz sowie der Kampf gegen Korruption. Mit mehr als 20.000 teilnehmenden Unternehmen und Organisationen ist der UNGC das weltweit größte und wichtigste Netzwerk für unternehmerische Verantwortung und Corporate Social Responsibility (CSR).

Im Rahmen der internen Nachhaltigkeitsprüfung der R+V werden die aus Nachhaltigkeitsaspekten als kritisch betrachteten Unternehmen selektiert und, nach eingehender Betrachtung des Einzelfalls, bei Bedarf individuelle Maßnahmen eingeleitet. Diese können von verstärktem Monitoring oder Kontaktaufnahme mit dem betreffenden Unternehmen bis hin zum Investitionsstopp oder zur Deinvestition reichen. Mögliche Verstöße gegen die Prinzipien des UNGC erfahren hierbei ein besonderes Gewicht bei der Entscheidungsfindung hinsichtlich der einzuleitenden Maßnahmen.

Darüber hinaus ist die R+V Unterzeichnerin der Principles for Responsible Investment (UN PRI) und ist davon überzeugt, dass die Berücksichtigung von ESG-Faktoren einen wichtigen Einfluss auf die Wertentwicklung von Kapitalanlagen und damit auch für den Kunden hat. ESG-Faktoren werden daher stets in Investmentanalyse und -entscheidungen integriert. Die sechs Prinzipien der UN PRI bieten einen gemeinsamen Rahmen für die Integration von Nachhaltigkeit und verantwortungsvollem Investieren in der internationalen Kapitalanlage.

Die CHEMIE Pensionsfonds AG betreibt mit ihren Versicherungsprodukten ein Altersversorgungssystem und damit ein Finanzprodukt im Sinne der Offenlegungs-VO. Nach aktueller Einschätzung der CHEMIE Pensionsfonds AG fallen ihre Versicherungsprodukte nicht unter Artikel 8 oder Artikel 9 der Offenlegungs-VO.

Deshalb ist für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2020/852 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 vom 18. Juni 2020 (Taxonomieverordnung) folgende formell erforderliche Erklärung abzugeben. „Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.“

Diese Ausführungen gelten für alle Produkte gleichermaßen.

Informationen erhalten Sie in den Volksbanken und Raiffeisenbanken,
R+V-Agenturen sowie bei der Direktion der Gesellschaften der
R+V Versicherungsgruppe, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden.

Telefon: 0800 533-1112

Kostenfrei aus allen deutschen Fest- und Mobilfunknetzen

www.ruv.de